Bericht

über die

dritte sozialdemokratische Frauenkonferenz in Bremen

am 17. und 18. September 1904

Erster Verhandlungstag. — Vormittags-Sitzung.

Die dritte Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands ist vor dem allgemeinen Parteitag der Sozialdemokratie einberufen.

Fräulein Baader-Berlin eröffnet um $9^1/_4$ Uhr die Verhandlungen und heißt die Erschienenen herzlich willkommen. Immer deutlicher tritt — so hebt sie in ihrer Ansprache hervor — die Notwendigkeit unsrer Frauenkonferenzen für die sozialistische Frauenbewegung hervor. Aus kleinen Anfängen sind diese Konferenzen entstanden. Schon auf dem Gothaer Parteitage fanden in den Abendstunden Zusammenkünfte der weiblichen Delegierten statt, in denen Agitationsfragen erörtert wurden. Viel konnte bei diesen Zusammenkünften, die stattfanden, wenn die Genossinnen schon ermüdet waren, nicht herauskommen. Deshalb stellte sich die Notwendigkeit heraus, besondere Konferenzen abzuhalten. Die erste Frauenkonferenz fand in Mainz statt, sie war viel schwächer besucht, als die heutige. Auch die zweite Konferenz, die wir in München abhielten, hat uns ein gutes Stück vorwärts gebracht. Heute zeigt nicht nur die Zahl der Delegierten den erfreulichen Fortschritt, sondern auch der Umstand, daß diesmal solche Gegenden vertreten sind, in denen die sozialistische Frauenbewegung erst in den letzten Jahren Fuß gefaßt hat. Die Anregungen, die auf diesen Konferenzen gegeben werden, tragen zur Belebung des Parteilebens in den Kreisen der Frauenbewegung bei. Nach jeder Konferenz sehen wir, wie neues Leben erwacht. So erhoffen wir auch von dieser Konferenz neue Fortschritte. Unsre Tagesordnung ist bedeutsam. Es gilt für eine bessere Ausgestaltung unsrer politischen und gewerkschaftlichen Agitation zu sorgen, um noch mehr Frauen als bisher in das Heer der Kämpfer um die Befreiung der Menschheit einzureihen.

Rednerin gedenkt in herzlichen Worten der verstorbenen Genossinnen. So ist im letzteren Jahre die treue Genossin Teumer in Ober-Reichenbach gestorben, eine Proletarierin, die Not, Elend und Ueberarbeit mit der Proletarierkrankheit bezahlt hat. Gestorben ist weiter die Genossin Heinrich, die in Gotha schon einige Bezirke Schlesiens vertreten hat. Auch sie hat unter den elenden Verhältnissen gelebt, die die heutige Gesellschaft gerade den arbeitenden Menschen auferlegt. Sie war eine treue, aufopfernde Genossin. Gestorben ist dann in London Frau Guillaume Schack. Ihr hat die Arbeiterinnenbewegung Anfang der achtziger Jahre viel zu verdanken gehabt. Besondere Verdienste erwarb sie sich damals in der Abwehr des Garnzolls, der die Hausindustriellen bedrohte. Später schloß sie sich in London den Anarchisten an. Sie war nicht mehr unsre Parteigenossin; trotzdem gedenken wir ihrer in dankbarer Erinnerung

Folgen wir dem Vorbilde, das uns diese Frauen gegeben haben und erheben wir uns zu ihrem Gedenken. (Die Versammelten erheben sich von ihren Plätzen.)

Dann wird die **Wahl des Bureaus** vorgenommen. Auf Vorschlag der Genossin **Greifenberg** werden zu Vorsitzenden die Genossinnen **Zetkin** und **Zietz**-Hamburg, zur Schriftführerin Genossin **Riemann**-Chemnitz gewählt. Auf Antrag der Genossin Zietz wird Frau **Bosse**-Bremen als Schriftführerin hinzu gewählt und mit der Führung der Rednerliste beauftragt.

Genossin **Zetkin** beantragt die Sitzung von 9—1 Uhr und 3—7 Uhr abzuhalten. So werde die gute alte Tradition des achtstündigen Arbeitstages aufrechterhalten. (Heiterkeit.) Der Vorschlag wird unwidersprochen genehmigt.

In die Mandatsprüfungskommission werden auf Antrag der Genossin **Lutz**-Berlin die Genossinnen **Zeise**-Köln, **Pötzsch**-Leipzig und **Fahrenwaldt**-Hamburg entsandt. Die Kommission wird während der Mittagspause tagen. Die gedruckt vorliegenden **Geschäftsordnungs-Anträge** werden debattelos genehmigt. Danach beträgt die Redezeit für Referentinnen eine Stunde, die Antragstellerinnen 20 Minuten und die Diskussions-Rednerinnen zehn Minuten. Anträge und Wortmeldungen müssen schriftlich erfolgen. Niemand erhält zu einer Sache mehr als zweimal das Wort.

Danach tritt die Konferenz in ihre Beratungen ein.

Genossin Bosse-Bremen erhält zunächst das Wort zu einer Begrüßungsrede. Sie führt aus: Ich habe von den Bremer Genossen und Genossinnen den ehrenvollen Auftrag erhalten, Sie in Bremen herzlich willkommen zu heißen. Genossinnen: Wir freuen uns, Euch auf einige Tage unsre Gastfreundschaft bieten zu können und wünschen, Euch den Aufenthalt hier so angenehm wie möglich zu machen. Besonders aber hoffen wir, daß diese Konferenz von gutem Erfolge für unsre Bewegung sein und die noch vielfach ihr entgegenstehenden Vorurteile beseitigen wird. Wir haben den Verlust mancher lieben und tapferen Genossin zu beklagen, die auf die Dauer all den Mühen unsres Kampfes nicht genügend Trotz entgegensetzen konnte. Haben wir Frauen doch noch mit ganz andren Hindernissen zu kämpfen als die Männer des Proletariats. Selbst in unsren eigenen Reihen besteht leider noch manche Voreingenommenheit gegen uns. Wir Frauen in Bremen haben ja das Recht, an politischen Vereinen und Versammlungen teilzunehmen. Aber noch machen die Frauen auch hier viel zu wenig Gebrauch von ihren Rechten, allzu viele stehen gleichgültig abseits. Erziehung und Verhältnisse machen das leicht erklärlich. Wir hoffen aber, daß die Vorurteile mehr und mehr schwinden, und daß die sozialistische Frauenbewegung mehr und mehr an Ausdehnung und Macht gewinnen wird. Zieht doch die Notwendigkeit jetzt die Frau in den Kampf ums Leben hinein. Wir hoffen, daß diese Konferenz uns anspornen wird, daß wir auch in den nächsten Jahren bedeutende Erfolge verzeichnen können. Auch die Gegner folgen unsern Verhandlungen mit Interesse; hoffen wir, daß die Konferenz bedeutungsvoll werden wird für die Zukunft. Mit diesen Wünschen heiße ich Sie herzlich willkommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende **Zetkin**: Wir haben zwei Teilnehmer unter uns, deren Anwesenheit uns mit besonderer Befriedigung erfüllt: Die Genossin **Popp** aus Wien als Vertreterin der *sozialdemokratischen Frauen* Oesterreichs, und Genossen **Molkenbuhr** als Vertreter des Parteivorstandes. Zum zweitenmale bekunden die Genossinnen Oesterreichs ihre Solidarität der Auffassung und der Interessen mit uns. Wir haben aus dem reichen Schatz der Erfahrung und des Wissens der österreichischen Parteigenossinnen mancherlei Anregung gewonnen und werden auch in Zukunft manches von ihnen empfangen. — Ganz besondere Befriedigung empfinden wir darüber, daß wir zum erstenmal einen offiziellen Vertreter des Parteivorstandes auf unsrer Frauenkonferenz erblicken. Das ist ein Ausdruck nicht nur der selbstverständlichen Tatsache, daß die proletarische Frauen-

bewegung und die sozialdemokratische Bewegung eins sind und nur durch die miserable Vereinsgesetzgebung in Deutschland gezwungen werden, einen verschiedenen organisatorischen Unterbau zu haben; das ist nicht nur ein Ausdruck der Tatsache, daß beide Bewegungen in fester Einheitlichkeit des Zieles zu einander gehören, sondern auch eine Anerkennung der Fortschritte unsrer Bewegung, die Anerkennung, daß unsre Frauenkonferenz als notwendiges und unentbehrliches Glied in die Kette der Mittel und Wege eingereiht ist, die den Befreiungskampf des gesamten Proletariats fördern. In diesem Sinne rufe ich den Genossinnen Popp und Bosse und dem Genossen Molkenbuhr ein besonders herzliches Willkommen! zu. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr erhält das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Nicht erst seit meiner Entsendung zur Frauenkonferenz ist die Frauenbewegung in der Sozialdemokratie anerkannt. Es ist ja eine traurige Tatsache, daß die Frauen vielfach noch viel schlechter gestellt sind als die männlichen Arbeiter. Man kann auf die proletarischen Frauen mit Fug und Recht die alte Redensart vom fünften Stand anwenden. Das sozialistische Prinzip aber ist die Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt. Dennach können uns nur äußere Umstände, die übermäßige Häufung der alltäglichen Aufgaben vor dem Parteitag, bisher von der Frauenkonferenz ferngehalten haben.

Die Sozialdemokratie will ein altes Ideal verwirklichen. Als in der französischen Revolution die Menschenrechte verkündet wurden, da wurde der Frau als Mensch nicht gedacht. Man hatte nur den Gedanken, sie sei zur ewigen Haussklavin bestimmt. Die moderne Entwicklung ist viel revolutionärer gewesen als irgend ein Revolutionär gedacht hat. Die moderne Entwicklung hat die Frau in das Leben, die Fabrik hineingezogen, sie gezwungen, mit den Kampf ums Dasein zu führen, sie mit hineingerissen in den politischen Kampf. Sie muß von dem Koalitionsrecht um so mehr Gebrauch machen, weil die Unternehmer angesichts der geringen Lebensansprüche der Frauen die Neigung haben, selbst bei gleicher Leistung ihre Löhne unter die der Männer herabzudrücken. Die Frauen bedürfen des Vereinsrechts, um in geschlossener Masse für ihre Forderungen einzutreten. Früher waren sich die Frauen ihrer Stellung gar nicht bewußt. Als in der Reaktionsperiode diese Vereinsgesetze geschaffen wurden, hörte man nirgends etwas von einem ernsthaften Widerstand der Frauen. Aber mit der Zeit empfanden selbst die bürgerlichen Frauen, die Töchter der Kleinbürger, die nicht ihr Leben lang als Rentieren zu leben haben, auf wie vielen Gebieten es hapert. Aber die proletarische Frau leidet in erster Linie als Arbeiterin; daß sie auch als Weib noch unterdrückt wird, ist noch ein Hindernis für den Befreiungskampf mehr. In noch viel höherem Maße als unter den Männern ist unter den Frauen der Glaube verbreitet, daß es ewig Unterdrücker und Unterdrückte geben wird, daß die untergeordnete Rolle der Frau ihr von Natur zugewiesen, in ihrem ganzen Organismus begründet ist. Auch hier und hier noch mehr gilt der Satz der Arbeitermarseillaise: „Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen.“

Aber trotz aller Hindernisse geht es vorwärts. Wenn die Sozialdemokratie das Endziel ihrer Bewegung: die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, diesen schönen Satz eines deutschen Philosophen verwirklicht, dann werden die Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts gleichmäßig davon berührt. Auch jetzt müssen die Frauen alle Rechte, die sie nach den bestehenden Gesetzen haben, ausnützen, um weitere Rechte zu erkämpfen. Hoffen wir, daß alle Hindernisse der Frauenbewegung recht bald überwunden werden. Dazu müssen Sie selbst Hand anlegen. Ich hoffe, daß wir mit dem Amazonenheere bald den Sieg über die wirtschaftliche und politische Unterdrückung erringen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Frau **Popp**-Wien: Die persönlichen Beziehungen, die die österreichischen und deutschen Genossinnen seit der Münchener Konferenz haben, sind in vieler Beziehung auch für uns förderlich und fruchtbringend gewesen. Wenn Sie hier so weitgehend, so radikal wie möglich sind, geben Sie auch uns den Ansporn, rascher vorwärts zu kommen. Haben wir doch viel Gemeinsames. Sowohl die Volksschulfrage wie das Versammlungsrecht beschäftigen auch uns sehr lebhaft. Nicht immer offen und gewalttätig, aber immer mächtiger und zielbewußter geht die Reaktion in Oesterreich gerade gegen die Volksschule vor.

Auch wir sind bedacht, alle Angriffe auf die Volksschule abzuwehren und unter den Frauen des arbeitenden Volkes die Ueberzeugung von dem Werte einer guten Volksschule zu verbreiten. Auch das Vereins- und Versammlungsrecht ist uns ungünstig, da es uns keine politischen Rechte einräumt. Politische Rechte haben wir nur, soweit wir sie uns nehmen. Das erschwert natürlich die Agitation, und es ist uns nicht so leicht wie den Männern, unsre Erfolge zahlenmäßig nachzuweisen. Auch von dem Nutzen der Frauenkonferenzen haben wir uns überzeugt. Wenn die Aufgabe der Arbeiterklasse auch eine einheitliche ist, gilt es doch besondere Wege zu beschreiten, wenn die Agitation unter den Frauen gefördert werden soll. Manches, was in den Geist der Männer vollständig übergegangen ist, liegt den Frauen noch fern. Wenn aber diese Fragen auf besonderen Frauenkonferenzen besprochen werden, wenn den Frauen gesagt wird: das ist Eure Sache, so sind sie zugänglicher und unsre Arbeit wird leichter.

Rednerin überbringt die schwesterlichen Grüße der sozialistischen Arbeiterinnen Oesterreichs und wünscht den Arbeiten der Frauenkonferenz vollen Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Von den sozialistischen Frauen Belgiens ist folgendes Begrüßungsschreiben eingelaufen: „Ihren deutschen Kampfgenossen senden die sozialistischen Frauen Belgiens die besten Glückwünsche zu den ihnen bevorstehenden Arbeiten. Wir folgen Ihren Verhandlungen mit großem Interesse und sehen der Zeit freudig entgegen, wo auch wir an Ihren Konferenzen werden vertreten sein können."

Frau **Pötsch**-Leipzig begrüßt in einer von ihr verfaßten poetischen Ansprache den Kongreß. Folgender Vers wird mit besonderem Beifall aufgenommen:

*„Nicht Damenrechte wollen wir erringen,
Wir buhlen nicht um hohe Protektion,
Uns öffnet gastlich seine Pforten
Kein gräflicher Empfangssalon."*

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten: **Bericht der Zentral-Vertrauensperson.**

Fräulein **Baader**: *Als wir von der Frauenkonferenz in München zurückkehrten, beschäftigte uns vor allem der Kampf gegen den Wucherzoll. Es galt eine gründliche Agitation dagegen zu entfalten. Um sie allgemein und einheitlich zu gestalten, ließ ich in Form von Zirkularen bestimmte Anweisungen an die einzelnen Vertrauenspersonen gelangen. Diese Anleitung hat gewirkt. Die umfassende Agitation bewirkte eine lebhafte Beteiligung der Frauen an den Reichstagswahlen. Noch niemals sind so viel Frauen bei der Wahlarbeit jeder Art mit tätig gewesen, wie im verflossenen Jahre. Zugleich wurde für Arbeiterinnenschutz und Kinderschutz agitiert. Auch hier wurde von der Zentralstelle durch Versendung von Druckschriften und Broschüren Anregung und Anleitung gegeben. Für die Reichstagswahlen wurde ein besonderes Flugblatt für die Genossinnen herausgegeben, dessen Kosten der Parteivorstand getragen hat. Ueberhaupt hat der Parteivorstand alle unsre Forderungen zur Förderung der Agitation unter dem weiblichen Proletariat glatt bewilligt. Auch eine größere Anzahl Exemplare des Handbuchs für die Reichstagswahlen und des Landtagswähler-Handbuchs*

sind uns bewilligt worden; wir haben sie allen rednerisch tätigen Genossinnen zur Verfügung gestellt.

Als nächste Aufgabe trat dann die Agitation an uns heran, die sich an das Kinderschutzgesetz knüpfte. Gelang es uns auch nicht, die Gesetzgebung zu beeinflussen, so war der ideelle Erfolg dieser Agitation doch sehr bedeutend. Die Frauen wurden aufgerüttelt, und es ward ihnen das Unrecht klar gemacht, das in der Ausbeutung der Kinder durch das Kapital liegt. Was das Kinderschutzgesetz an Schutz bringt, ist geradezu lumpig zu nennen. (Sehr richtig!) Das eigne Kind ist schlechter gestellt als das fremde. Und das wenige, was das Gesetz bietet, kann durch Bundesratserlasse noch beschnitten werden. Die Frage des Kinderschutzes geht uns Frauen besonders an. Unser mütterliches Gefühl begreift es, daß es überhaupt verboten werden muß, das Kind erwerbsmäßig tätig sein zu lassen. Das Kind ist zum Lernen da, zum Arbeiten sind die Erwachsenen da. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in der Kinderschutzfrage die leicht verständliche Broschüre Agahds an die Vertrauenspersonen und Rednerinnen versendet.

In die verflossene Arbeitsperiode fiel auch der Heimarbeiterschutz-Kongreß. Der Stellungnahme unsrer Münchener Konferenz zur Frage der Heimarbeit entsprechend, haben wir uns an diesem Kongreß beteiligt. Die Zentralstelle erließ einen Aufruf an die Genossinnen, und verschiedene Orte beschickten den Kongreß. Sie wissen, welches Aufsehen dieser Kongreß überall erregt hat. Durch ihn wurde gewissermaßen das nackte Elend aus dem Dunkel ins helle Tageslicht gezogen. In Arbeiterkreisen war dies Elend freilich längst bekannt, aber andern Leuten wurde besonders durch die Ausstellung erst vor Augen geführt, unter welch elenden Lebensbedingungen der Arbeiter der Heimindustrie schmachtet. Der Lohn des Heimarbeiters pendelt nach dem Lassalleschen Worte beständig um die Hungergrenze herum, ja sinkt unter sie herunter. Die Regierung freilich hat sich um diesen Kongreß nicht gekümmert. Graf Bülow fand nur Zeit, die bürgerlichen Frauen des internationalen Frauenkongresses zu sich zu bitten, ihnen die Hand zu küssen und sich von ihnen den Hofknix vormachen zu lassen. (Heiterkeit.) Das Elend der Heimindustrie geht ihm wohl zu sehr an die Nieren. Da scheut er sich vor näherer Kenntnisnahme. Wenn aber die Damen kommen in seidenen Kleidern und Spitzen, dann versichern ihnen die glatten Herren: Wir sind ja auch für die Gleichheit, aber augenblicklich ist nichts zu machen. (Heiterkeit.) Beachtung werden *wir* erst finden, wenn wir in ganz andern Massen auftreten und viel lauter schreien als bisher! (Lebhafte Zustimmung.)

So viel über die allgemeine Agitation. Als die Reichstagswahlen ausgeschrieben waren, machten wir uns, von der Parteipresse darauf aufmerksam gemacht, das Stückchen politischen Rechts zu nutze, das die Gesetzgebung in Preußen uns läßt. Auf die wenigen Wochen, die zwischen der Ausschreibung einer Reichstagswahl und ihrer Beendigung liegen, dürfen wir bekanntlich auch in Preußen einem *politischen Verein* angehören. Natürlich gehört eine gewisse Reife der Bewegung dazu, wenn dieses Recht ausgenutzt werden soll. Die Zentralstelle forderte in einem Zirkular die preußischen Genossinnen auf, von dem Rechte, einen Wahlverein zu gründen, Gebrauch zu machen. Mit dem Erfolge können wir recht zufrieden sein. In Berlin, in der Umgegend von Berlin und in Altona wurden *politische Frauenwahlvereine* für die bestimmte kurze Zeit gegründet. Der Berliner Verein gewann ziemlich tausend weibliche Mitglieder, und die Geldsammlungen ergaben im Vereinsrahmen ein viel reicheres Ergebnis als früher. Die Frauen haben ja im allgemeinen weniger Geld als die Männer. Ihr Lohn ist geringer und sie trennen sich schwerer vom Groschen. Aber in der Wahlzeit haben auch die Frauen ihre Taschen aufgeknöpft und eingesehen, daß sie am besten sparen, wenn sie für die allgemeine Sache etwas leisten. Jedenfalls konnten als Ueberschuß von Berlin

aus 300 M. und von Altona aus 100 M. an die Wahlkasse der Partei abgeliefert werden. Diesen Erfolg dürfen wir nicht niedrig einschätzen. Wir könnten die Agitation ganz anders betreiben, wenn wir freies Vereinsrecht hätten. Aber Graf Posadowsky meint: Das steht den Frauen nicht an. O doch steht es uns an! (Sehr richtig.) Wir müssen jedes Stückchen ausnutzen und dürfen uns unter keinen Umständen das Recht, das wir haben, beschneiden lassen. Gegen jeden Uebergriff der Behörden müssen wir Front machen. In Bochum hat man sogar versucht, den Frauen die Teilnahme an den öffentlichen Versammlungen zu verbieten. Das ist ein Bruch des Gesetzes, das auch die Beamten zu beachten haben. Nachträglich werden die Beamten ja rektifiziert. Aber „rektifiziert", das heißt auf deutsch oft: Du hast es gut gemacht, Du wirst befördert. (Große Heiterkeit.)

Jetzt macht man uns Aussicht darauf, daß uns zur sozialpolitischen Betätigung ein weiteres Vereinsrecht eingeräumt werden soll. Aber wo liegt die Grenze zwischen politisch und sozialpolitisch? Jeder Polizist, jeder Staatsanwalt denkt verschieden darüber. (Sehr richtig!) Der Berliner Bildungsverein der Frauen ist wegen politischer Betätigung aufgelöst worden, weil ein Arzt in einem Vortrage über die Ernährung des Säuglings darauf aufmerksam gemacht hatte, daß von den Kommunen die Beschaffung gesunder Säuglingsmilch gefordert werden müsse. (Große Heiterkeit.) Aber gerade Fragen dieser Art gehen uns an. Wir leben nicht allein für uns, sondern gehören einer großen Gemeinschaft an. Wir werden ebensogut wie die Arbeiter vom Kapital ausgebeutet und vom Reiche durch Steuern geschröpft. Weshalb soll uns die Erörterung politischer Fragen verboten sein? Mit aller Kraft müssen wir deshalb die Agitation für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht weiter betreiben. (Sehr richtig!) Das notwendige Material habe ich den Genossinnen in einem Zirkular zugänglich gemacht, das auch die Aussprüche der Minister Posadowsky und Hammerstein enthält und auf den Initiativantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hinweist.

Ein Zirkular, das für längere Zeit Wert behalten und gültig bleiben wird, gibt Anweisungen und Anregungen zur Förderung der Agitation. Es wird darin auf die **Beteiligung an den Gewerkschaften und auf die Werkstubensitzungen** hingewiesen und in denjenigen deutschen Ländern, in denen die Frauen nicht das Recht haben, sich an politischen Vereinen zu beteiligen, zur **Gründung von Frauen-Bildungsvereinen** geraten. Die Bildungsbestrebungen machen durch ihre Vermittlung von allgemeinem Wissen die Gehirne empfänglicher für die Aufnahme politischer Ideen. So haben die Bildungsvereine eine große Wirksamkeit ausgeübt, und ihre Zahl nimmt ständig zu. Wir verbreiten eine leicht verständliche Broschüre von Frau **Wally Zepler**, die ein ganzes Programm der Fragen gibt, die im Frauen-Bildungsverein zu behandeln sind. Wenn ein Hygieniker in einem solchen Verein z. B. über die Säuglingspflege spricht und seine Forderungen aufstellt: sonnige Luft, saubere Betten, gute Milch — wie manche Arbeitermutter begreift da zum ersten Male den Zusammenhang der Dinge, wenn sie sich sagen muß: Ja all das kann ich meinem Kinde ja gar nicht geben. Wie soll ich es betreuen, wenn ich in der Fabrik so lange arbeiten muß. Und die Forderung einer Verkürzung der Arbeitszeit wird ihr begreiflich werden. (Sehr richtig!)

Wir haben dann weiter ein **Regulativ für die Vertrauenspersonen** ausgearbeitet. Ihre Zahl hat sich in den letzten zwei Jahren außerordentlich vermehrt. In München waren es 54, jetzt haben wir 106. Allerdings erhalte ich von manchen dieser Vertrauenspersonen nie eine Zeile, und ich weiß nicht, ob sie für die Bewegung arbeiten. Bekanntlich hatte die Zentralvertrauensperson ihre Aufgaben bisher im Nebenamt zu erledigen. Ich mußte meinem Berufe nachgehen und konnte nur die freien Stunden und die

Abende meinem Amte als Vertrauensperson widmen. Seit kurzem ist das anders geworden. Die Zentralvertrauensperson soll als besoldet jetzt ihre ganze Zeit der Bewegung widmen. Sie wird nun einen größeren Druck auf die säumigen Vertrauenspersonen ausüben können. Mit manchen Orten war der schriftliche Verkehr sehr lebhaft. Besonders erfreulich ist, daß sich in Gegenden, wo man gar nicht vermuten sollte, daß eine Frauenbewegung vorhanden ist, in Ost- und Westpreußen, Vertrauenspersonen gefunden haben. Die Arbeit unsrer Agitatorinnen auch auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Kleinarbeit ist nicht vergeblich gewesen. Mancher neue Anknüpfungspunkt ist gefunden worden.

Mit Freuden begrüßen wir diese Fortschritte. Natürlich ist auch der Briefwechsel mit der Zentralvertrauensperson viel reger geworden, wenn ich auch nicht angeben kann, wie groß die Zahl der ein- und ausgegangenen Briefe war, da eine Liste darüber wegen Zeitmangels nicht geführt werden konnte. Auf der nächsten Konferenz aber werden sich bestimmte Zahlen geben lassen. Dann wird sich auch zeigen, aus welchen Orten die Vertrauenspersonen nicht schreiben.

Die Verbreitung unsrer Presse zeigt einen geradezu enormen Fortschritt. Die „Gleichheit", die in München erst 4000 Abonnentinnen hatte, hat deren jetzt 12000. Das ist das beste Zeichen, wie rege agitiert worden ist, und ein Beweis, daß die Frau bei ordentlicher Anleitung auch für ernste Lektüre zu haben ist. Wir hören ja freilich noch allerlei Beschwerden, das und das müsse anders gehalten sein, das verständen die Frauen nicht. Aber es handelt sich hier um schwere Aufgaben. Der Frau, die bisher nur Kolportageromane gelesen hat, sind alle politischen Dinge böhmische Dörfer; sie muß alles erst lernen. Allein es wäre falsch, zu verlangen, daß sich die „Gleichheit" diesem niedrigen Niveau anpassen solle. Ein andrer Ausweg muß geschaffen werden, durch Flugblätter und leicht verständliche Schriften. Wer aber erst ein wenig weiter ist, der findet in der „Gleichheit" ein unerschöpfliches Material, das nur noch viel besser ausgenutzt werden sollte zu schönen, einfachen Flugblättern, die von einfachen Frauen geschrieben, sich den Bedürfnissen der verschiedenen Gegenden anpassen.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen hat sich gehoben, wenn sie auch noch viel zu klein ist im Vergleich zu der Zahl der erwerbstätigen Frauen. Auf dem gewerkschaftlichen Gebiete liegt noch viel notwendige Arbeit vor uns.

Als eine Einrichtung, die die politisch tätigen Frauen im Verein mit den Gewerkschaften getroffen haben, sind die Beschwerdekommissionen der Arbeiterinnen ins Leben gerufen worden. Die Arbeiterinnen sind so abhängig und eingeschüchtert, daß sie sich nicht direkt an den Gewerbe-Inspektor zu wenden wagen. Die Arbeiterinnen wissen sehr oft auch gar nicht, daß sie bestimmte Rechte haben. Hierüber müssen sie durch die Beschwerdekommissionen aufgeklärt werden. Die beste Gelegenheit dazu geben die Werkstubensitzungen. In allen Orten sollten diese Kommissionen errichtet werden, und ihre Tätigkeit sollte sich nicht nur auf die Entgegennahme von Beschwerden beschränken, sondern sie sollten systematisch an der Aufklärung der Arbeiterinnen über die gesetzlichen Bestimmungen zu ihrem Schutze arbeiten. Die Gewerkschaften wieder sollten dafür sorgen, daß diese Kommissionen mit dem notwendigen Material an Büchern, Gesetzen usw. ausgerüstet werden. Das müssen und können die örtlichen Gewerkschaftskartelle leisten. (Lebhafte Zustimmung.)

So steht uns auch hier ein gutes Stück Arbeit bevor. Aber neue Kräfte haben sich uns zur Verfügung gestellt. Es sind Talente unter den Arbeiterinnen geweckt worden, die bisher geschlummert hatten. Hier hat eine Frau gelernt, öffentlich zu reden, dort betätigt sich eine andre schriftstellerisch. Und da haben besonders die Anregungen unsrer Konferenzen segensreich gewirkt. Aber noch immer fehlt es uns an Agitatorinnen, deren Heranbildung in München be-

schlossen worden ist. Wir sind eben Proletarier in jeder Hinsicht, nicht bloß nach der Lebensstellung, sondern auch nach den Schulkenntnissen. Mühsam erringen wir uns die notwendige Bildung. Lese- und Diskutierabende sind mit gutem Erfolge eingerichtet worden. Wir richten uns dabei nach dem Gesetz und fördern unsre politischen Kenntnisse, ohne das Gesetz zu übertreten. Diese Abende werden von durchgebildeten Genossinnen geleitet, aber auch Genossen sind uns behilflich gewesen.

Nur aus den Geldsammlungen geht nicht hervor, daß die Bewegung gewachsen ist. Ich habe nur 70 Mk. mehr eingenommen als in den vorvergangenen zwei Jahren. Da muß ich den Appell an die Genossinnen richten: Tut den Beutel auf! (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben immer einen Stolz darin gesetzt, unsre Agitation aus eignen Mitteln, nicht aus dem Säckel des Parteivorstandes, zu betreiben. Nun war das letzte Jahr, das Wahljahr, für unsre Sammlungen sehr ungünstig. Und Ende 1903 wurde auch von den Arbeiterinnen der letzte Groschen für Crimmitschau geopfert. Auch dokumentiert sich in der Summe, die mir zugegangen ist, nicht alles, was für die Bewegung überhaupt zusammengebracht worden ist. Einzelne Kreise haben die Kosten aller geleisteten Agitation unter den Frauen selber bestritten. (Sehr richtig!)

Damit bin ich am Schluß. Ich hoffe, daß auch die heutige Konferenz wirken wird zum Segen nicht nur unsrer, sondern der allgemeinen Bewegung.)Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag der Frau Zetkin wird beschlossen, diesen Bericht gemeinsam mit dem Referat von Frau Greifenberg-Augsburg über die **allgemeine Agitation** zu diskutieren.

Den Bericht über *allgemeine Agitation* erstattet

Frau **Greifenberg**. Sie gibt einen interessanten Rückblick auf die ersten Anfänge der proletarischen Frauenbewegung an der Hand einer von Frau Ihrer verfaßten Zusammenstellung, die 1893 auf der Chicagoer Weltausstellung ausgelegt wurde. Sie erinnert an die Organisationsbestrebungen vor und unter dem Sozialistengesetz unter besondrer Hervorhebung der Tätigkeit des Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, des Vereins der Mäntelnäherinnen und des Nordvereins der Arbeiterinnen in Berlin. Dieser Verein und alle andern, die sich in Zeitz, Luckenwalde, Gera, Halle, Düsseldorf usw. gebildet hatten, wurden wieder polizeilich aufgelöst, ihre Leiter zum Teil sogar mit Gefängnisstrafen belegt. Als Grund für die Auflösung des Hauptvereins wurde angegeben, daß „die Ausbreitung dieser Bewegung eine Gefahr für Deutschland darstelle.“ (Heiterkeit.) Wenn also die Frauen sich aufzuklären, sich zu bilden beginnen, wenn sie für ihre Gleichberechtigung kämpfen, ist Deutschland gefährdet. — Nach all diesen Mißerfolgen konnten die Frauen nicht bald wieder eine ihnen freistehende Organisationsform finden. Sie verlegten nun den Schwerpunkt ihrer Organisationsbestrebungen auf das gewerkschaftliche Gebiet, auf die Organisation der Arbeiterinnen und forderten die männlichen Genossen auf, sie in ihre gewerkschaftlichen Organisationen aufzunehmen. Hier aber begegneten die Arbeiterinnen vielfach dem Vorurteil, daß sie nicht gleichberechtigte Kolleginnen, sondern untergeordnete Hilfskräfte seien. Zahlreiche Arbeiter nahmen noch an, daß beim Fortschreiten der Produktionsverbesserungen die Frauen aus den Fabriken und Werkstätten gänzlich verschwinden würden. Die Berufszählung hat sie eines Besseren belehrt. Von 1882—1895 hat die Zahl der männlichen Arbeiter um $6^1/_5$, die der weiblichen um 35 Proz. zugenommen. In den Großbetrieben ist die Zahl der männlichen Arbeiter um 15,8 Proz., die der weiblichen um 26,8 Proz. gestiegen, in den Kleinbetrieben die der männlichen aber nur um 1 Proz., die der weiblichen um 40 Proz.! Jetzt sehen die Arbeiter die Notwendigkeit ein, die Frauen aufzuklären und zu organisieren, sollen diese ihnen nicht Schmutzkonkurrenz machen.

Im Jahre 1890 forderte der deutsche Parteitag zu Halle, 1891 der Internationale Kongreß in Brüssel eine lebhaftere Propaganda unter den Frauen. In den achtziger Jahren hatte von einer Frauenbewegung größeren Umfanges nicht die Rede sein können, so viele Anregungen auch einzelne Vorkämpferinnen gaben. Auch die Gewerkschaften hatten vor dem Entstehen der großen Zentralverbände nur minimale Erfolge verzeichnen können. Erst seit Anfang der neunziger Jahre wurde die Bewegung lebhafter. 1896 wurde die Frauenagitation als besondrer Punkt der Tagesordnung des Parteitags zu Gotha behandelt. Außer den Anregungen, die das Referat und die Resolution der Genossin **Zetkin** bot, nahm der Parteitag noch zwei Resolutionen an, von denen die eine eine vermehrte Tätigkeit der Frauen für die Gewerkschaften, die andre dieser Resolution entsprechend die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen an allen Orten forderte. Um eine zielbewußte Agitation im Sinne dieser Beschlüsse zu entfalten, regte Genossin Zetkin im Jahre 1900 die Abhaltung einer Konferenz der tätigen Genossinnen an. Genossin Baader als Vertrauensperson tat alles mögliche, um die Genossinnen für den Gedanken dieser Besprechung zu gewinnen. Der Erfolg blieb nicht aus. In Mainz waren zur Frauenkonferenz 20 Delegierte erschienen, 1901 hatten wir schon 25 weibliche Vertrauenspersonen, denen wir durch das in Mainz beschlossene Regulativ einen Wegweiser gegeben hatten. Auf der Frauenkonferenz zu München erörterten wir unter anderm auch die Frage der Heranbildung weiblicher Agitatorinnen. Gewiß hat die Referentin Genossin Zietz praktische Ratschläge dafür gegeben, aber woher sollen die Frauen die Zeit nehmen, geistig zu arbeiten? Die Männer sind wenigstens nach der Arbeit frei und können dann lernen, was ihnen ihr abgematteter, erschlaffter Körper noch zu begreifen erlaubt. Die proletarische Frau aber hat meist noch die ganze Bürde häuslicher Arbeit zu tragen. Aber auch die Frauen haben den Willen, geistig vorwärts zu kommen. Nicht, wie ein Minister gesagt hat, einige exzentrische Frauen machen die Bewegung, sondern gerade die Masse der arbeitenden Proletarierinnen. Das beweist die zahlreiche Teilnahme der Frauen an öffentlichen Versammlungen, in denen sie nicht nur zuhören, sondern auch meist schon verstehen, weil ihr ureigenstes Interesse sie verstehen heißt. Wir können auf einen großen Erfolg — ich nenne es einen großen Erfolg — zurückblicken. (Zustimmung.) Auch die heutige Konferenz soll uns wieder neue Anregungen zur planmäßigen Agitation geben. So stolz die Bourgeoisie auf die „Einheit" des Vaterlandes ist, so haben wir doch eine große Reihe verschiedener Vereinsgesetze, denen wir uns anpassen müssen in unsern zahlreichen Vaterländchen.

In Hamburg, Bremen und Sachsen ist eine große Zahl von Frauen in den politischen Organisationen. Im größten Teile des deutschen Reiches sind dagegen die Frauen von der Beteiligung an politischen Vereinen ausgeschlossen, ja in manchen Staaten sogar vom Besuch politischer und öffentlicher Versammlungen. Das preußische Vereinsgesetz ist rigoros und reaktionär, aber das bayerische Vereinsgesetz ist noch viel schlimmer. Auch an öffentlichen politischen Versammlungen, von den Vereinen ganz zu schweigen, können die Frauen in Bayern erst seit 1898 teilnehmen. Selbst aus ihnen weisen sie die untergeordneten Polizeiorgane noch heute häufig aus. Es besteht ferner im bayerischen Vereinsrecht die Bestimmung, daß Minderjährige, d. h. Personen unter 21 Jahren, nur an allgemeinen, nicht an „öffentlichen" Versammlungen teilnehmen dürfen. (Heiterkeit.) Ein Polizeibeamter, der auf eine Frage definierte, daß „öffentliche" Versammlungen solche seien, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, „allgemeine" z. B. solche, die Berufsfragen erörterten, wollte gleichwohl aus einer Versammlung, in der ich über „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation" sprach, die Minderjährigen ausweisen.

Unter diesen verschiedenartigen Vereinsgesetzen sollen Frauen-Bildungsvereine gegründet werden; unerläßliche Vorbedingung dafür ist aber das Vorhandensein

von Leitern und Führern am Ort, um Auflösung und Bestrafung zu vermeiden und für gesundes, kräftiges, geistiges Leben zu sorgen. Aus der reaktionären Vereinsgesetzgebung erwachsen aber auch große Schwierigkeiten für die gewerkschaftliche Arbeit der Genossinnen. Denn der Mensch soll noch geboren werden, der sagen kann, wo die Gewerkschaftsbewegung aufhört und die Politik anfängt. Ein Beamter erklärt die Verkürzung der Arbeitszeit für politisch, ein andrer schon die Beschwerdekommissionen. Welche Fortschritte trotzdem die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen gemacht hat, zeigen folgende Zahlen: Es gab 1892/95 in den Gewerkschaftsverbänden 7000 weibliche Organisierte von 700000 in der Industrie beschäftigten Frauen. 1896 stieg die Zahl der Beschäftigten auf 1145875, die Zahl der organisierten Frauen auf 12265. Mehrere große Streiks, die in diesem Jahre stattgefunden hatten, waren gute Agitationsmittel für die Gewerkschaften gewesen. So erklärt sich der Rückgang der Organisierten auf 11664 im Jahre 1897. Und heute zählt die Generalkommission der Gewerkschaften 40000 weibliche Verbandsmitglieder! Zu diesem Erfolg haben auch die Männer ein Teil beigetragen. Aber den Hauptteil des Erfolges können die tätigen Genossinnen für sich beanspruchen; die weiblichen rednerischen Kräfte sind deshalb auch sehr begehrt, weil sie, die Charakter und Leben der Frau selbst mitleben, diese leichter persönlich gewinnen können. Der Erfolg, der erzielt worden ist, ist wesentlich auch dem Umstande zuzuschreiben, daß seit 1896 nicht nur in öffentlichen Versammlungen agitiert wird. Die Buchbinder, die eine stattliche Zahl von Frauen in ihrer Organisation haben, haben auf geselligem Wege, durch Familienzusammenkünfte, Deklamationen und Tanzvergnügungen die Arbeiterinnen zu sich herangezogen, sie veranlaßt, in die Werkstattsitzungen zu kommen und ihnen dort stets durch eine rednerisch tüchtige Frau die Ziele der Organisation, wenn auch schlicht, auseinandersetzen lassen. So hat auch die Zahl der an den Lohnkämpfen beteiligten Arbeiterinnen gewaltig zugenommen. 1892 waren an Angriffsstreiks 32659 Personen, darunter 2468 Frauen, beteiligt; an Abwehrstreiks 960 Frauen. Im Jahre 1903 zählte man bei Angriffsstreiks unter 53760 Personen 2841 weibliche, bei Abwehrstreiks unter 67830 nicht weniger als 9869 weibliche.

Gewiß dürfen wir dabei nicht vergessen, daß es brutale Arbeitgeber genug gibt, die ihren Arbeiterinnen das Organisationsrecht wehren. Gerade darum nehmen wir ja auch am politischen Kampfe teil. Eine straffere Organisation zu schaffen, ist in Bremen, in Hamburg, in Sachsen nicht schwer, wo die Frauen das politische Vereinsrecht haben. Aber auch im übrigen Deutschland werden die Parteiangelegenheiten immer mehr in den Wahlvereinen der Männer erledigt. Die Grundlage für eine festere organisatorische Zusammenfassung und einheitlicheres Arbeiten der Genossinnen ist durch die Besoldung der Zentralvertrauensperson geschaffen, da diese ihre ganze Kraft jetzt der Bewegung widmen kann. An vielen Orten geht die Bewegung noch nicht ordentlich vorwärts. Selbst wenn tätige Genossinnen da ihren Wohnsitz haben, läßt ihnen die allgemeine Agitation nicht genügend Zeit zur Arbeit am Orte. Auch heute noch gibt es Genossen, die der Frauenbewegung feindlich gegenüberstehen (Sehr richtig!), sie ins Lächerliche zu ziehen suchen. (Erneutes Sehr richtig!) Genossin Baader zur Ehre sei es gesagt, daß sie ihre ganze Kraft in die Arbeit hineingelegt hat. Bis vor kurzem noch gezwungen, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, hat sie fast Uebermenschliches geleistet. Jetzt wird sie noch mehr Anregungen geben können. Aber wenn die Vertrauensperson an einem Orte kein Lebenszeichen von sich gibt, kann sie auch nicht viel tun. Da müssen wir uns eben gegenseitig anregen und ergänzen. Die Bromberger Genossinnen verlangen nun, daß die rednerisch tätigen Genossinnen die neu geworbenen Kräfte gleich einarbeiten sollen. Der Antrag ist sehr gut, aber praktisch undurchführbar. Mit ein oder zwei Tagen Arbeit ist da

nichts getan. Soll aber die Rednerin sich tagelang aufhalten, so mangelt es an Geld. Der Antrag scheitert an unsren Kassenverhältnissen, wenn auch die Opferwilligkeit der Genossinnen von Jahr zu Jahr wächst. Im Vorjahre verlangte ein Antrag Leipzig, es sollten durch Lese- und Diskutierabende rednerische Kräfte geschult werden. Denen, die heute das neue Evangelium ins Land hinaustragen, ist es oft nicht möglich, sich auch dieser Aufgabe noch zu widmen. Und die Arbeiterinnen sind abends ermüdet und müssen für den Haushalt sorgen. Aber wo es möglich, sollen die Kräfte so geschult werden.

Außer den Volksversammlungen und Werkstattsitzungen soll auch die Geselligkeit gepflegt werden, als Mittel, aufzuklären und zu organisieren. Kommen auch die Arbeiterinnen hin, um sich zu amüsieren, braucht doch der Ernst des Lebens und die schweren Kämpfe, die wir durchmachen, nicht vergessen werden. Als ich im Vorjahre auf einer Agitationsreise in Sachsen war, ließ bei einem Fest des sozialdemokratischen Vereins in Leipzig-Plagwitz Genosse Glantzmann die Mitglieder zur Polonaise antreten, gerade gegenüber der Bühne. Dann forderte er mich auf, eine Ansprache zu halten. Einige Tanzlustige murrten zwar, aber sie hörten doch schließlich zu. (Heiterkeit.) Von den Beschwerdekommissionen lesen wir oft in unsrer lokalen Parteipresse, daß ihre Mitglieder da und da wohnen und Beschwerden „entgegennehmen". Sie sollten aber, wenn die Umstände es ermöglichen, an den Gewerkschaftsversammlungen teilnehmen und die Arbeiterinnen über die Zustände in den Fabriken ausfragen. Die andre Aufgabe, die Beschwerden sorgfältig vorzuprüfen, haben die Beschwerdekommissionen stets erfüllt, wie die verstorbenen Gewerbeinspektoren Wörrishofer in Baden und Pöllrath in München ausdrücklich anerkannt haben. Doch muß die Tätigkeit der Beschwerdekommission noch mehr in die Massen hineingetragen werden.

Ich hoffe, daß die folgende Diskussion Anregungen zu Verbesserungen und zur regsten Betätigung der Genossinnen zahlreich bieten und dazu beitragen wird, daß auch die Genossen ihr Augenmerk mehr und mehr auf die proletarische Frauenbewegung richten, sie anerkennen als das, was sie sein soll, nicht eine Sonderbündelei, sondern ein Mittel, die Proletarierinnen zum Klassenbewußtsein zu erziehen, damit neue Kämpfer für die Sozialdemokratie gewonnen werden und damit die Partei einen Rückhalt hat nicht nur an den Männern, sondern auch an der wachsenden Zahl aufgeklärter Frauen. Ebenso wie die Männer in der Sozialdemokratie niemals ohne die Frauen zum Siege gelangen werden, ebenso können die Frauen nur von der Sozialdemokratie aus Not, Druck und Elend befreit werden. Um das zu erreichen, wollen wir Hand ans Werk legen. (Lebhafter Beifall.)

Mit der Diskussion über diese beiden Referate werden die zum Punkt „Allgemeine Agitation" eingelaufenen Anträge verbunden.

Antrag Bromberg: 1. Die Agitation unter den Frauen des Ostens ist intensiver wie bisher zu betreiben.

2. Die für die Agitationstouren bestimmten Referentinnen sind nicht nur zur Abhaltung von Versammlungen in die Orte zu schicken, sondern die Zeit ist derartig einzuteilen, daß für jeden zu bearbeitenden Ort Zeit genug verbleibt, um feste Verbindungen zu schaffen und die gewonnenen Genossinnen eingehend über ihre Pflichten zu orientieren.

Antrag Köln: Die Konferenz macht es den am Orte zu wählenden Vertrauenspersonen zur Pflicht, überall da, wo dies möglich ist, eine Kommission zu wählen, bestehend aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, die mit Hilfe des Gewerkschaftskartells die Organisierung der Arbeiterinnen zu fördern hat.

Die Genossinnen **Berlins** beantragen: „Es sind Ermittelungen anzustellen darüber, wie viele der erwerbstätigen Frauen, deren Männer organisiert sind, einer gewerkschaftlichen Organisation oder einem Bildungsverein angehören."

In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Frau **Kähler**-Dresden: Wir können mit den erzielten Resultaten zufrieden sein, und ich beantrage daher, die Zentralvertrauensperson zu entlasten. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß eine ganze Reihe von Vertrauenspersonen die proletarische Frauenbewegung nicht, wie sie sollten, mit Lust und Liebe fördern. Aber ich will niemand einen Vorwurf machen. Wenn eine Frau auf vorgeschobenem Posten steht und wieder und wieder die Erfahrung macht, daß sie allein steht, und von den andern verlacht wird, auch von manchen Genossen, die die tiefe Notwendigkeit der Frauenbewegung nicht begreifen, dann erlahmt ihre Kraft und Lust, und so kommen wir dann zu den Vertrauenspersonen, die sich mit der Zentralvertrauensperson überhaupt nicht in Verbindung setzen. In Mainz warnte ich selbst davor, überall die Bildung von Bildungsvereinen zu dekretieren, ohne daß wir wüßten, ob wir auch nur aus den Maschen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze entschlüpfen könnten. Jetzt aber erscheint es mir notwendig, in den Ländern, wo der naturgemäße Anschluß an die sozialdemokratischen Organisationen nicht möglich ist, den proletarischen Frauen an Bildungsvereinen einen Rückhalt und ein Mittel zu allgemeiner Bereicherung ihres Wissens zu geben. Daneben muß das System der Vertrauenspersonen schon mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen bestehen bleiben und weiter vervollkommnet werden. Die Hauptsache aber besteht darin, daß wir die Vorurteile brechen. (Sehr richtig!) Ein Teil der Genossen ist leider auch noch nicht aufgeklärt genug, um die Frauenbewegung zu unterstützen, der andre legt den Hauptwert auf die Gewinnung der Wahlstimmen der Männer, die Macht im Parlament geben und ist mit Arbeit überlastet. So ist die Frauenbewegung nicht nur im Osten, sondern in ganz Deutschland vernachlässigt. Da darf man nicht gegenüber dem Antrag Bromberg sagen, daß er nicht durchführbar ist. Er ist es, wenn wir genügend Geld haben. (Sehr richtig!) Würde für die Frauenorganisationen dasselbe aufgewendet werden, wie für die Männerorganisationen, dann würden sie ganz anders aussehen. Rednerin bittet den Antrag Bromberg nicht abzulehnen, sondern der Zentralvertrauensperson zur Ausführung bei gelegener Zeit zu überweisen. (Beifall.)

Frau **Plum**-Essen: Bis zum 6. Januar d. J. konnte von einer Organisation der Frauen in unserm Kreise nicht die Rede sein. An diesem Tage versammelten wir in Essen 600 bis 700 Mädchen und Frauen, eine sehr große Zahl für die erste Versammlung. Wir gewannen sofort 225 Abonnenten für die „Gleichheit" und zählen deren jetzt annähernd 500. (Bravo!) Das zeigt, welche Arbeit die Genossinnen am Orte geleistet haben. Wir haben alle Gelegenheiten zur Agitation benutzt, die März-, die Maifeier, die Unterhaltungsabende. Dabei ist unsre Arbeit sehr schwer, wir haben keine weibliche Fabrikarbeit, nur Hausarbeit, und zwar muß sich unsre Agitation besonders an die Frauen der so schwer zugänglichen Bergleute wenden. Am meisten hat uns in unsrem Kruppgebiete die Kaiserrede vom Tischtuchzerschneiden genützt. Sie hat uns zu dem Resultat der Reichstagswahl und der Gewerbegerichtswahl vom 8. Januar verholfen, wo wir die christlichen Gewerkschaften und Tischtuchzerschneider mit über 600 Stimmen Majorität besiegt haben. (Lebhaftes Bravo!) Dieses Beispiel hat uns den Wert des Zusammenschlusses nahegelegt. Gerade bei den Gewerbegerichtswahlen haben auch wir mit unsrer Agitation eingesetzt. Gewiß wird von den einzelnen Orten viel gegen die Zentralkasse gesündigt. Aber wir in Essen tun, was wir können. Als in der Versammlung vom 6. Januar Frau Zietz und Frau Kähler

ein Scherflein von uns für die Crimmitschauer verlangten, haben wir mit gutem Erfolg gesammelt, ebenso bei andren Gelegenheiten für unsre Agitation. Ich hoffe, daß wir in der nächsten Zeit noch tüchtig vorwärts kommen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Der Nachmittags-Sitzung wohnten mehrere Reichstagsabgeordnete, auch die Parteivorstands-Mitglieder Gerisch und Pfannkuch, als Zuhörer bei.

Bevor in der Tagesordnung fortgefahren wird, gibt die Vorsitzende Frau Zetkin, der Konferenz Nachricht von dem folgenden von Genossin Petermann-Dresden eingegangenen Protest:

„Die Unterzeichnete ist beauftragt, als Vertrauensperson des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises der Konferenz folgenden Protest zu unterbreiten: Die politisch organisierten Frauen des 5. sächsischen Reichstags-Wahlkreises protestieren jetzt und in Zukunft ganz energisch gegen die willkürlichen Handlungen der Berliner Genossinnen, zum Beispiel Beschickung des Internationalen Kongresses in Amsterdam, Anstellung der Vertrauensperson usw. Sie erklären sich im Prinzip mit der Anstellung einer besoldeten Sekretärin einverstanden mit der Forderung, daß nur die Frauenkonferenz in diesem Falle kompetent ist, wenn mindestens zwei Drittel der örtlichen Vertrauenspersonen dafür sind.

Die Genossinnen halten es für ihre Pflicht, zu betonen, nicht als Marionetten zu gelten, sondern als vollwichtige, jederzeit als mittatende und mitratende Genossinnen gewertet zu werden.

Mit Parteigruß

Magd. Petermann.

Frau Zetkin: Es ist notwendig, einiges klarzustellen, um zu zeigen, wie unberechtigt und leichtfertig dieser Protest ist. Es handelt sich absolut nicht um einen willkürlichen Akt der Berliner Genossinnen bei der Beschickung des Amsterdamer Kongresses. Die Anregung dazu erfolgte von den Genossinnen von Berlin, Hamburg und Altona-Ottensen. Auf die Anregung hin hat sich unsre Zentralvertrauensperson mit sämtlichen Vertrauenspersonen in Verbindung gesetzt und sie gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Zweimal ist eine entsprechende Aufforderung auch in der „Gleichheit" erschienen, welche den Dresdener Genossinnen vom sozialdemokratischen Verein geliefert wird, und schließlich ist von der Zentralstelle noch einmal ein Zirkular in dieser Angelegenheit erlassen worden. Mehr als 30 Vertrauenspersonen aus den größten Orten und 2 Wahlkreisen haben ihre Zustimmung zur Beschickung des Kongresses gegeben. Da kann man wirklich nicht von einem Willkürakt der Berlinerinnen reden und die, die den Protest angezettelt haben, haben verschlafen oder verschlafen wollen, was in aller Oeffentlichkeit vor sich gegangen ist. Gleich unberechtigt ist der Protest gegen die Besoldung der Sekretärin. Man ist zu der Besoldung erst geschritten, nachdem mit den Vertrauenspersonen der großen Städte und Industriezentren Fühlung genommen war. Nur die erst kürzlich angestellten Vertrauenspersonen sind nicht befragt worden, weil gerade diese am wenigsten kritisch sind, sie stimmen allen Vorschlägen am leichtesten zu. Die Besoldung der Genossin Baader ist auch von dem Parteivorstand gebilligt worden. Wir haben in Berücksichtigung der vereinsrechtlichen Bestimmungen gehandelt. Wir haben ferner Abstand genommen, die Besoldung von der Konferenz beschließen zu lassen, weil wir in der Ausstellung von Mandaten und Zulassung von Gästen sehr weitherzig sind. In der Folge hätten über diese wichtige Frage Personen mit abstimmen können, welche mit den einschlägigen Verhältnissen nicht genügend vertraut sind, während

manche längst eingearbeitete Vertrauensperson außer Stande gewesen wäre, ihr Urteil abzugeben. Ich schlage ihnen vor, über den Protest zur Tagesordnung überzugehen und ihn dem Papierkorb zu überantworten. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird in der Diskussion fortgefahren.

Frau Zeise-Köln berichtet über die Agitation im Kölner Bezirk. In dem schwarzen Köln, dem halben Rom, hat die Agitation große Fortschritte gemacht. Eine politische Organisation war nicht möglich aus vereinsgesetzlichen Gründen. Die Kölner Genossinnen haben sich mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt und Anschluß gefunden. Sie gründeten einen Arbeiterinnenverein, der sich gut entwickelt. Es sind eine stattliche Anzahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder gewonnen worden. Die ganze Agitation fällt aber auf Köln-Stadt, in den Vororten fehlt es noch an geeigneten Kräften. Wir können Ihnen nur den Antrag der Genossinnen Kölns empfehlen. Weiter empfiehlt sich die Gründung von Frauen-Bildungsvereinen, damit wir mehr rednerische Kräfte bekommen, die unbedingt notwendig sind.

Frau Thiel-Teltow-Beeskow will zum Vereins- und Versammlungsrecht sprechen, wird aber ihre Ausführungen verschieben, bis dieser Punkt der Tagesordnung verhandelt wird.

Frau Wackwitz-Dresden berichtet über ihre Tätigkeit in ihrem Kreis. Sie hat hier 80 Besprechungen mit den Frauen und 16 Versammlungen in einem Jahre abgehalten. Sie tritt dafür ein, sich mehr mit den männlichen Parteigenossen in Verbindung zu setzen. Die Beschwerdekommission hat sich mit der weiblichen Vertrauensperson der Behörden in der Gewerbe-Inspektion in Verbindung gesetzt. Aber diese hat nicht gehalten, was man von ihr hoffte. Sie hat nicht genügende Vorsicht betreffs der Personen der Beschwerdeführenden beobachtet. Wir verhandeln jetzt mit dem Gewerbe-Inspektor selbst und haben mit ihm bessere Erfahrungen gemacht als mit seiner Gehilfin. In einem Falle hat er auf unsre Veranlassung einen Betrieb revidiert und die Arbeiterinnen von einer Arbeit in einem völlig unhygienischen Raum befreit. Wir dürfen nie müde sein und in unsrer Agitation nie erlahmen, wenn wir zum Ziele kommen wollen.

Frau Bosse-Bremen: Ueber Bremen ist nicht viel Erfreuliches zu berichten. Die Bewegung wurde hierher von der nun verstorbenen Guillaume Schack getragen. Diese Frau hat mich für unsre Sache begeistert. Durch sie kam ich zu der Ehre, hier eine Führerrolle zu spielen. Ich tat, was in meinen schwachen Kräften stand, es konnte nicht viel sein. Ich bin eine arme Proletarierin, hatte wenig Bildung und Wissen. Meine Dreistigkeit, mich öffentlich im Reden zu versuchen, war mein einziges Verdienst. Ich konnte nicht viel leisten. Die Bewegung ging etwas vorwärts, aber bald wieder zurück, sie schlief schließlich ganz ein. Erst durch die Mainzer Konferenz wurde sie wieder etwas entfacht. Es gibt bei uns Genossen, die Gegner der Frauenkonferenzen sind, aber ich halte sie doch für sehr nützlich. Sie bringen doch immer wieder frisches Leben in die Bewegung, und auch diese Konferenz wird für Bremen nicht verloren sein. Wir haben uns mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung gesetzt und Fortschritte in der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen erzielt. Ein größerer Erfolg kann aber nur erreicht werden, wenn die Männer ihre Frauen und Töchter zur Organisation anhalten. (Beifall.)

Frau Lungwitz-Dresden berichtet über die Verhältnisse in ihrem Kreise. In Sachsen dürfen sich die Frauen politisch organisieren. Die Frauen zahlen für die politische Organisation ihre Beiträge und erhalten von ihr die „Gleichheit". Deshalb mögen die Gelder an unsre Zentralstelle spärlicher fließen. Das Verhältnis zu den männlichen Genossen ist in letzter Zeit besser geworden, aber es ist immer noch häufig der Fall, daß die Männer keinen Wert darauf legen, daß die Frauen sich organisieren. Unsre Männer müssen bei ihren Frauen

und Töchtern die erste Aufklärungsarbeit verrichten. Dann werden auch deren Kinder aufgeklärt sein. Der und jener Genosse erkennt noch nicht den Wert dessen, was wir mit unsrer aufklärenden Agitation und unsren Konferenzen bieten. Wir müssen sie durch ernste Arbeit belehren, müssen ihnen zeigen, daß wir nicht Vergnügen, Zerstreuung suchen, sondern daß wir mit allem Ernst den guten Fortgang unsrer Bewegung fördern wollen. (Beifall.)

Frau **Lutz**-Berlin: Unser Verhältnis zu den Berliner Genossen ist das denkbar beste. Und wenn sie mal nicht wollen, dann gibts einen sanften Rippenstoß. (Heiterkeit.) Wo es an genügendem Interesse fehlt, wird unser Berliner Antrag nachhelfen. Zu dem Dresdener Protest möchte ich noch bemerken, daß er wohl von Berlin nach Dresden gegangen ist und Dresden nur den Namen gegeben hat. (Sehr gut.) Er tritt hier unter falscher Adresse auf. — Ueber die mangelnde Hilfe der Männer möchte ich doch nicht allzuviel klagen. Bist du Gottes Sohn so hilf dir selbst. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Fahrenwald**-Hamburg: Unsre Agitation in der Frauenbewegung ist von Anfang an schwer gewesen. Schon in den 90er Jahren habe ich Lese- und Diskutierabende in Berlin abgehalten. Ich habe aber die Erfahrung gemacht, daß unsre Genossinnen, von der schweren Tagesarbeit ermüdet, bei der Vorlesung eines wissenschaftlichen Buches einschlafen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Es kann ihnen gar kein Vorwurf daraus gemacht werden. Wissenschaftliche Bücher sind auch so umfangreich, daß sie nur in vielen Abenden vorgelesen werden können. Zwei-, dreimal kommen die Genossinnen, dann bleiben sie weg. Viel praktischer ist, aus guten Broschüren kleine Vorträge herauszuziehen und diese vorzutragen. Da sind Schriften von Frau Ihrer, und es ist anzuerkennen, daß sie darin Großartiges geleistet hat. Da ist Frau Lilly Braun: in ihren Schriften ist sie großartig, wenn sie auch sonst nicht so ist, wie wir sie gerne haben möchten. (Heiterkeit.) Statt der Leseabende schlage ich also Vortragsabende mit Diskussion vor. Zum Reden müssen die Genossinnen aber erst angeregt werden. Unterhaltungsabende haben wir schon in den 90er Jahren gehabt. Ich glaube aber nicht, daß ich mit solchen Unterhaltungsabenden meinen Genossen vom dritten Hamburger Wahlkreise kommen dürfte. (Heiterkeit.) Sie haben uns so schon nicht besonders gern. (Erneute Heiterkeit.) Es ist ja richtig, daß manche Arbeiterin nur durch ein bißchen Klaviergeklimper und Füßetreten (Heiterkeit) herangezogen werden kann, aber unsere Aufgabe ist es, sie durch den Sozialismus zu Sozialistinnen zu erziehen. (Sehr richtig!) Im kommenden Winter wollen unsre Bürgerschaftsvertreter in Hamburg uns in kleinen Zirkeln über die Armenpflege und die Beschwerdekommissionen unterrichten. Zu dem Kölner Antrag möchte ich bemerken: Unter keinen Umständen darf die Hilfe der sich jetzt in Berlin selbst etablierenden weiblichen Gewerkschaftskommission in Anspruch genommen werden. (Sehr richtig!) Wir Frauen lassen uns das Recht zu wählen nicht nehmen; wir stehen auf dem Standpunkt des Schneiderverbandes in bezug auf die weibliche Gewerkschaftskommission, die sich selbst etabliert hat.

Frau **Zetkin** (unterbrechend): Stellung zu dieser Gewerkschaftskommission zu nehmen, ist Sache der Gewerkschaften und nicht Sache der Frauenkonferenz. (Sehr richtig!) Ich bitte, diese Frage hier nicht zu berühren.

Frau **Fahrenwald**: Dann ist es gut, daß es schon gesagt ist. (Heiterkeit.) Rednerin schließt mit der Aufforderung zu reger Agitation. Als wir zum ersten Male angeklagt waren, sagte der Untersuchungsrichter, als wir sein Zimmer betraten, spöttisch zu uns: „Da kommt die Heilsarmee". Das Wort ist bei mir haften geblieben. Ja, wir wollen die Armee sein, die den Arbeiterinnen und allen Ausgebeuteten das Heil bringt. (Bravo.)

Dr. **Michels**-Marburg spricht seine Freude über die große Summe von Tätigkeit, Aufopferung und Intelligenz aus, die sich in der Frauenbewegung zeigt, vermißt aber, daß in dem sonst ausgezeichneten Referat von Frl. Baader

nicht ein Grund angegeben ist, weshalb man sich an dem Berliner Kongreß der bürgerlichen Frauen nicht beteiligt hat. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß die proletarischen Frauen nicht mit den bürgerlichen Frauen gemeinsam kämpfen sollen, weil ihre Ziele sich nicht in allem decken. Aber dieser Standpunkt bedeutet doch nicht, daß man nicht bei einem speziellen Anlaß mit den bürgerlichen Frauen zusammen tagen darf. Seit wann scheut die Sozialdemokratie den Umgang mit Bürgerlichen, als seien sie pestkrank? Im Parlament findet diese Berührung doch Tag für Tag statt. Auch der Heimarbeiterschutzkongreß ist ja mit bürgerlichen Reformern gemacht worden. Die proletarischen Frauen hätten sich nichts vergeben, wenn sie der unter angemessenen Formen erfolgten Einladung zum Frauenkongreß gefolgt wären. Auch der Gang der bürgerlichen Frauen zur Kaiserin und zu Herrn von Bülow, so würdelos das auch gewesen sein mag, hätte uns nicht vorher verscheuchen brauchen. Auch das Parlament schickt ja Delegationen zum Kaiser, ohne daß unsre Abgeordneten deshalb daran dächten, ihr Zusammentagen mit den Bourgeois-Parlamentariern abzubrechen. Der Verlauf des Kongresses wäre vielleicht ganz anders geworden, wenn die sozialdemokratischen Frauen mitgemacht hätten. Gewiß ist sehr viel auf dem Kongreß gesündigt worden und die Beteiligung an ihm ist nicht immer mit den richtigen Gründen gerügt worden, so von dem Genossen James Broh im Bernsteinschen „Montagsblatt", der da behauptet hat, die bürgerlichen Frauen hätten demokratisch verfahren, als sie die Kaiserin besuchten, und dann die Anekdote von der amerikanischen Genossin erzählt, die der Kaiserin die Hand gereicht habe mit den Worten: „Sagen Sie Ihrem Mann von mir, er sei ein ganz gescheidter Kerl." Das war zwar äußerlich demokratisch, dem Inhalt nach aber so byzantinisch wie nur möglich. Ich hebe das hervor, um nicht zu den Revisionisten gezählt zu werden. Ich halte es nicht für eine Schande, Revisionist zu sein, aber ich bin es nicht. Die bürgerlichen Frauen kommen zwar nicht aus ihrer Haut heraus, aber wenn wir dabei gewesen wären, hätte man sich geniert. Was nimmt die Reaktion sich nicht alles heraus, wenn sie allein unter sich ist! Man denke ans Abgeordnetenhaus, ans Herrenhaus und vergleiche damit den Reichstag, wo sich die Reaktion doch mehr in Acht nimmt. So wäre es auch hier gewesen. Das Gewissen der bürgerlichen Frauen wäre durch unsre Anwesenheit geschärft worden. Gerade aus agitatorischen Gründen hätte man hingehen sollen. Was für Vorurteile bestehen nicht gerade bei den bürgerlichen Frauen gegen die Sozialistinnen! Sozialdemokratische Frau bedeutet ihnen soviel wie Petroleumengel. (Heiterkeit.) Wenn wir unsre Prinzipien nicht überall hin tragen, werden diese Vorurteile nicht aufhören. Einigen Damen meiner Bekanntschaft gab ich eine kleine Broschüre der Frau Zetkin: „Frauenfrage, geistiges Proletariat und Sozialismus." Als sie sie gelesen hatten, meinten sie: Ja, wenn alle so wären! Ich erwiderte: Ja, sie sind alle so, Frau Zetkin ist sogar ganz besonders vavital. Daß unsre Anschauungen aber auf dem Kongreß Boden fanden, und zwar trotzdem Proletarierinnen an ihm nicht teilnahmen, beweist der Beifall, der der dort anwesenden Genossin Lily Braun zuteil wurde. Nicht eine Verwässerung des Prinzips bedeutet ein solches gelegentliches Zusammenleben mit den bürgerlichen Frauen. Unser Programm soll klar, deutlich und scharf ausgesprochen, nicht gebeugt und nicht angepaßt werden. Aber es soll ausgesprochen werden. Vergessen wir auch nicht, daß es den bürgerlichen Frauen gelungen, Proletarierinnen, die Handlungsgehilfinnen zu organisieren, und wie ihnen Proletarierinnen der Kopfarbeit, die Lehrerinnen, noch immer folgen. Vor diesen hätten wir unsern Standpunkt vertreten müssen und nicht sagen sollen, wir tun nicht mit.

Es wird von den Genossinnen viel darüber geklagt, daß die Männer der Frauenbewegung Steine in den Weg wälzen. Woran liegt das zum Teil? Die Frau ist befangen in religiösen Vorurteilen und nicht leicht dahin zu bringen,

mit dem Manne zu gehen. Das Hauptgewicht muß auf den Ersatz des kirchlichen durch das sozialistische Element gelegt werden. Der Satz: Erklärung Religion zur Privatsache! ist nicht mehr im Programm angebracht, weil er falsch verstanden wird, als besage er: Religion ist Wurst; wer fromm ist, mag fromm bleiben. Die Männer denken frei, aber die Anschauungen der Frau gehen wieder auf die Kinder über. Ich möchte einmal eine Statistik unter den Parteigenossen mit folgenden Fragen aufnehmen: Ist Ihre Frau kirchlich? Haben Sie Ihre Kinder taufen lassen? Ist Ihre Tochter konfirmiert? Ich glaube, viele sehr angesehene Parteigenossen würden diese Frage sehr schlecht bestehen. (Heiterkeit.) Auch sollte der Parteivorstand einmal ermitteln, wieviel Parteigenossen eine Frau besitzen, die der Partei angehört. Die Fälle, wo Mann und Frau gleichzeitig unsrer Partei angehören, gehen nicht über die Hunderte hinaus. (Widerspruch.) Was die Frauenbewegung in Hessen anlangt, so haben wir die Qualität der Frauen auf unsrer Seite, aber noch nicht die Quantität. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau Zietz-Hamburg: Ich muß zunächst einiges auf die Vorwürfe des Vorredners erwidern. Er hat die Veranstaltung der bürgerlichen Frauen in Parallele mit dem Reichstag gestellt. Aber die Zusammensetzung des Parlaments haben wir nicht geschaffen. Sind aber gezwungen hineinzugehen, wenn wir die proletarischen Interessen in der Legislative vertreten wollen. Ganz anders der Frauenkongreß der bürgerlichen Frauen, da sollen wir freiwillig auf den Kongreß gehen zu Leuten, die die heutige Gesellschaftsordnung stützen, die wir stürzen wollen. Wir haben keinen Einfluß auf diejenigen Vertreter, die wir nicht in das Parlament geschickt haben. Gerade die bürgerlichen Frauen, mit denen wir zeitweilig zusammengehen sollen, haben sich so rückständig wie möglich erwiesen. Ihre berufenste Vertreterin, Frau Dr. Schirmacher, erklärte, daß sie das Wahlrecht nicht verlange für die Frauen, sondern nur für die Damen (sehr wahr!), daß sie es gebunden wissen wollte an einen Zensus, an die Ansässigkeitsdauer u. s. f., ganz wie die männlichen Reaktionäre das Wahlrecht für die Arbeiter verklausulieren wollen. Wenn man uns auffordert, zumutet, auf dem Kongreß der Frauen zu erscheinen, die unsre politischen Todfeinde unterstützen, nicht um unsre grundsätzlichen Forderungen zu diskutieren, sondern um uns Reförmchen in homöopathischen Dosen zugestehen zu lassen, so betrachten wir das als eine Herabwürdigung. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn man durchaus eine Parallele ziehen will, so frage ich: Gehen unsre Genossen zu den Parteitagen des Freisinns oder der Nationalliberalen? (Sehr gut!) Wenn es etwas gibt, was unsre Ablehnung nachträglich motiviert und gerechtfertigt hat, dann ist es der Canossagang gewesen, den die bürgerlichen Frauen zum Reichskanzler unternommen haben in dem Moment, wo die Regierung das Frauenwahlrecht zu gewähren ablehnte. Wenn wir auch den Gang nicht mitgemacht hätten, wir hätten doch die Verantwortung übernommen für das, was wir nicht nur als Dummheit empfinden, sondern auch als Entwürdigung bezeichnen müssen. (Lebhafter Beifall.) Die bürgerlichen Frauen organisieren Proletarierinnen, meinte Genosse Michels. Aber sie organisieren, wo eine Organisation besteht, wo wir vor ihnen organisiert haben, die Handlungsgehilfinnen; sie tragen Zersplitterung in das Proletariat hinein. Man sagt, hinter den bürgerlichen Frauen stehe noch das geistige Proletariat, die Lehrerinnen, die uns noch nicht kennen. Aber wir führen unsre Verhandlungen niemals unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, und wer die kleinste Neigung hat, kennen zu lernen, was wir erstreben, und wofür wir eintreten, komme uns anzuhören. Das Feld unsrer Arbeit beim Proletariat des Kopfes und der Hand ist so ungeheuer, daß wir es gar nicht verantworten könnten, unsre Zeit unter bürgerlichen Frauen zu vertrödeln, die in bezug auf die Forderungen, bei denen wir mit ihnen gemeinsam vorgehen könnten, längst nicht mehr fortschreiten, sondern längst geradezu zurückgehen. Warum sollten

wir da die Groschen, die wir so notwendig brauchen, für das hohe Entree zum Frauenkongreß ausgeben, um die Erlaubnis zur Teilnahme zu haben und eventuell fünf Minuten Redezeit bewilligt zu bekommen. (Beifall.)

Ich gehe nun dazu über, Ihnen folgenden Antrag der Hamburger Genossinnen zur Annahme zu empfehlen:

In Erwägung:

Daß die Vereinsgesetze im größten Teil des Deutschen Reiches den Frauen das politische Vereinsrecht vorenthalten, daß aber dem Wesen der sozialdemokratischen Partei entsprechend den Genossinnen das Recht gewahrt bleiben muß, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu sein und als gleichberechtigt an ihren Arbeiten und Entscheidungen teilzunehmen; daß mithin die Anträge auf Reorganisation der Partei besonderer Prüfung bedürfen, beantragt die Frauenkonferenz:

Der Parteitag wolle die Anträge auf Abänderung des Organisationsstatuts einer Kommission überweisen, welcher auch Vertreterinnen der Genossinnen angehören.

Uns hat bei diesem Antrag nicht etwa der Gedanke geleitet, mit Rücksicht auf die Frauen die strammere und bessere Organisation der Partei hintertreiben zu wollen oder zu verlangen, daß man langsamer vorgehen soll, wo die Interessen der Partei größere Schnelligkeit erfordern und eine reaktionäre Gesetzgebung unsre Teilnahme hindert. Wohl aber sind wir der Meinung, daß sich Mittel und Wege werden finden lassen, die beiderseitigen Interessen auszugleichen. In welcher Weise die beiden Gesichtspunkte vereinigt werden sollen, darüber soll eben die Kommission befinden. Deshalb bitte ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Ich komme zur Frage der gegenseitigen Unterstützung der männlichen und weiblichen Genossen. Auf beiden Seiten ist vielfach gesündigt worden. Von den Genossinnen ist aus Mangel an Erfahrungen wohl oft nicht der rechte Weg gewählt worden, von den Genossen ist aus Ueberbürdung, aus Mangel an Zeit manches vernachlässigt worden. Der beste Weg, Frauenagitation zu entfalten, ist der, sich von den organisierten Genossen die Frau nennen zu lassen, die sich schon lange genug in der Organisation eingearbeitet hat und sich ihr am besten anpaßt, um als Vertrauensperson funktionieren zu können. So haben wir es in Essen mit dem besten Erfolge gemacht, und die Genossen unterstützen die Frauenbewegung in jeder Weise.

Man sagt, daß die Frauenagitation da unmöglich ist, wo keine industrielle Frauenarbeit besteht. Gewiß ist nur dort das Klassenbewußtsein so stark und intensiv; aber auch die andren Frauen können wir gewinnen, wenn wir sie als Mutter, Hausfrau und Bürgerin packen. Beim Kinderschutz-Gesetz können wir die Mutter gewinnen, mit der Agitation gegen den Zollwucher die Hausfrau, und wenn dann die Frauen in unsre Vereine kommen, werden sie empört sein über die reaktionäre Handhabung des Vereinsgesetzes und diese Empörung umsetzen in lebhafte Parteitätigkeit. Die Frage des Frauenwahlrechtes ferner interessiert alle Frauen. Was die Frauen interessiert, auf welcher Seite sie zu packen sind, das wissen unsre Essener vorzüglich. Da wollten in Essen die Milchhändler die Preise heraufsetzen. Sofort veranstalteten die Genossinnen Essens, an denen wir überhaupt unsre helle Freude haben, eine öffentliche Versammlung und setzten mit der Gegenagitation ein.

Außergewöhnlichen Schwierigkeiten begegnet die Frauenbewegung in der Tat bei den Handlungsgehilfinnen und Näherinnen. Auf die Gründe kann ich hier nicht eingehen. Aber wenns so schwer ist, diese Arbeiterinnen durch Versammlungen und Werkstattbesprechungen zu gewinnen, so müssen alle Genossen und Genossinnen die Pflicht üben, überall in der Familie bei ihren Bekannten, wo sie solchen Arbeiterinnen begegnen, diese veranlassen, sich zu organisieren und

nicht ihren Klassengenossen das Stück Brot aus der Hand schlagen. (Die Vorsitzende Frau Zetkin macht die Rednerin wiederholt auf den Ablauf der Redezeit aufmerksam.) Genosse Dr. Michels wollte noch von Hessen sprechen. Hessen, Baden und Württemberg sind in der Frauenbewegung noch weit zurück, nur in Bayern hat in der letzten Zeit durch die Agitation der Genossin Greifenberg einige Fortschritte gemacht. Hoffentlich wird die Frauenbewegung bald nicht nur im Norden und Westen, sondern auch im Süden Erfolge zu verzeichnen haben. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Ruben** (zur Richtigstellung): Im Interesse der Wahrheit muß ich feststellen, daß Frau Stritt als Vertreterin der bürgerlichen gemäßigten Frauen und Frau Cauer im Namen der bürgerlichen Radikalen im Juniheft der „Sozialistischen Monatshefte" sich für das allgemeine Wahlrecht in unserm Sinne ausgesprochen haben. Hinzufügen will ich, daß auch ich, die ich auf der äußersten Linken stehe und mich fast zu Ihnen rechne, sehr bedauert habe, daß die Sozialdemokratie auf dem Kongreß nicht vertreten war. Die wenigen Worte Lily Brauns schlugen schon wie zündende Wetter ein. So, wenn eine bürgerliche Rednerin sagte, die weibliche Landarbeit wäre leider völlig verschwunden und Lily Braun erwiderte, es seien zwei Millionen Proletarierinnen in der Landwirtschaft beschäftigt. Seien Sie versichert, Sie haben mehr Freunde unter den bürgerlichen Frauen, als Sie wissen, aber diese wissen, daß sie auch unter den Sozialdemokraten Freunde haben (Frau Zetkin ruft: Die sind auch danach! — Große Heiterkeit.), auch wenn zwischen den Spitzen persönliche Reibungen bestehen.

Frau **Zietz** (zur Richtigstellung): Die Meinung, Ansicht und den Glauben der Frau Stritt in allen Ehren, aber der Kongreß hat nichts beschlossen, was dem Vortrag der Frau Dr. Schirmacher widersprach. Im Jahre 1901 haben überdies die bürgerlichen Frauen in einer Eingabe an den preußischen Landtag ein Kommunalwahlrecht verlangt, das an gewisse Steuerleistungen gebunden sein sollte. (Lebhaftes Sehr richtig!) Uebrigens scheint mir, wir hätten wichtigeres zu tun, als auf bürgerliche Kongresse zu gehen, um die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen davor zu bewahren, daß sie Dummheiten machen. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Pötzsch**-Leipzig berichtet von der Leipziger Bewegung. Mit großem Erfolge betreiben wir die Werkstuben-Agitation. Das erkennen auch unsre Leipziger Genossen an. Wir haben schon Hunderte von Arbeiterinnen den Gewerkschaften zugeführt. Schwerer als das Gewinnen von Mitgliedern ist das Erhalten. Sehen die Arbeiterinnen nicht sofort greifbare Vorteile, so kehren sie der Gewerkschaft wieder den Rücken. Wir brauchen daher sehr geübte Genossinnen für die Werkstuben-Agitation und es würde sich empfehlen, ihnen eine kleine Vergütung für ihre Auslagen und ihren Zeitverlust zu gewähren. Ausgebildet werden diese Agitatorinnen an den Diskussionsabenden, die als Lehrerin seit langem in dankenswertester Weise Genossin Dunker leitet. — Die Beschwerdekommission haben wir seit der Begründung des Arbeitersekretariats eingehen lassen. Wir haben auch im städtischen Arbeitsnachweis Gelegenheit, die Arbeiterinnen auf ihre Organisationspflicht hinzuweisen. Unser Schmerzenskind ist der Frauenverein in Leipzig. Wir haben nur 266 Mitglieder, weil die Parteigenossen uns nicht genügend unterstützen. Auch in der Familie müßte viel mehr für die Ausbreitung unserer Ideen geschehen. Ueber Partei-Angelegenheiten wird in der Familie überhaupt nicht gesprochen. Die Frauen gelten für zu dumm, infolgedessen gehen die Kinder in bürgerliche Turn- und Vergnügungsvereine. Neulich wollten wir Propagandaversammlungen zur Ausbreitung unseres Frauenvereins abhalten; die meisten Parteivereine versagten ihre Mitwirkung; eine gutbesuchte Versammlung bekamen wir zusammen. Aber da trat ein hochgestellter Parteigenosse auf und kritisierte uns so, daß wir zum Schluß nur ein Mitglied gewannen. (Heiterkeit und Beifall.)

Josephsohn-Hamburg bespricht die Schwierigkeit der Organisation der Handlungsgehilfinnen. Seine Gewerkschaft sei ein Kuriosum, insofern sie mehr weibliche Mitglieder zähle als männliche. Die Handlungsgehilfen würden bekanntlich durch die alten finanziell starken kaufmännischen Vereine ferngehalten. Redner geht dann auf verschiedene Maßnahmen ein, durch die die sozialdemokratische Frauenbewegung mehr für die Organisation der Handlungsgehilfinnen interessiert werden soll. Er begründet ein von ihm eingebrachtes Amendement zu dem Antrage Köln, das fordert, aus demselben den Passus zu streichen, der besagt, daß die Kommissionen aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen bestehen müssen. Vor allem dürfe es nicht vorkommen, daß Parteigenossen oder gar ein Parteiorgan, wie vor einigen Jahren die „Mainzer Volkszeitung", geradezu zum Eintritt in die bürgerlichen kaufmännischen Hilfsvereine auffordern. Dann fährt der Redner fort: Von dem Berliner Kongreß der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hielt uns schon das Gefühl fern. Wie tief das Interesse der bürgerlichen Frauen an der Sozialpolitik und dem Wohle der Proletarierinnen ist, konnte man aus der Klage des Fräulein de Rooy aus Königsberg erkennen, die in den Tagen des Kampfes um das Frauenstimmrecht bei den Kaufmannsgerichten über die Lage der Handlungsgehilfinnen vor leeren Bänken sprach. (Hört! hört!) Die bürgerlichen Damen waren draußen bei der Schlagsahne beschäftigt. (Große Heiterkeit.) Die bürgerlichen Frauen haben auch in Hamburg gegen die Wahl von August Bebel agitiert, gegen den Mann, der einen Teil seiner Lebensaufgabe darin gesehen hat, für die Befreiung der Frau zu kämpfen und dessen Buch noch gelesen werden wird, wenn die Namen der in Berlin versammelten Damen in alle Winde verweht sein werden. (Stürmischer Beifall.)

Frau **Wartenberg-Ottensen** stimmt in bezug auf den Wert der Leseabende der Genossin Fahrenwald zu. In ihrem Kreise werden hauptsächlich öffentliche Frauenversammlungen abgehalten. Die Einnahme für 1903 betrug 303,30 Mk., davon gingen 100 Mk. an den Parteivorstand. Man hätte sicherlich auch Geld an die Zentralvertrauensperson gesandt, wie man auch 1902 und 1904 40 und 50 Mk. an den Parteivorstand geschickt habe, wenn man jemals eine Aufforderung erhalten hätte.

Frau **Ruben** (zur Richtigstellung): Ich möchte aus eigner Erfahrung feststellen, daß der Saal beim Vortrag des Fräulein de Rooy brechend voll war und daß in Hamburg nur ein Teil der bürgerlichen Frauen gegen Bebel agitiert hat.

Vorsitzende Frau **Zetkin**: Die bürgerlichen Frauen Hamburgs haben offiziell beschlossen, für die freisinnig-bürgerlichen Kandidaten einzutreten, das heißt gegen die sozialdemokratischen Kandidaten, unter denen sich Bebel befand. Wenn ein kleiner Teil der bürgerlichen Frauen sich bewußt war, welchen Schandfleck das bedeutete, so macht das den einzelnen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die ihr politisches Gewissen nicht befleckt haben, alle Ehre, aber damit ist die Handlung der andern nicht gerechtfertigt. — Die Mitteilung von der Leere des Saales bei dem einen Vortrag des Fräulein de Rooy ging durch alle Blätter, auch die bürgerlichen und der Vorwurf wäre ernst genug gewesen, damit die bürgerlichen Frauen, die sich bei jedem Anlaß und ohne jeden Anlaß an die Presse wenden, ihm entgegengetreten wären. (Beifall.)

Frau **Popp-Wien**: Auch nach unsrer Erfahrung hat es nicht den geringsten Wert für uns, in bürgerliche Versammlungen zu gehen. Diejenigen Frauen, die wirklich nicht nur ihre Klasse, sondern ihr ganzes Geschlecht unter einem Drucke stehen sehen, die für seine Gleichberechtigung und Würdigung kämpfen wollen, kommen von selbst zu uns, versuchen sozialdemokratische Theorie und Praxis bei uns zu lernen. Sie sind dabei nicht erfüllt vom Dünkel, etwas Großes zu tun, sondern rechnen es sich zur Ehre, zu den Proletarierinnen,

die nach den harten Tagesarbeiten nur noch mühselig lernen, zu kommen, und für sie zu arbeiten. Vor Jahren hat Dr. Käthe Schirmacher in einer Wiener Versammlung, in der sie über Arbeiterinnenschutz sprach, sich darüber beschwert, daß dem Frauenblatt „La Fronde“ die Nachtarbeit der Setzerinnen verboten worden sei, obwohl dies ein durchaus gesunder Beruf sei. (Lachen.) Die Krankenkassenberichte hätten sie eines besseren belehren können. Wozu sollen wir da zu den bürgerlichen Frauen gehen? Die proletarische Frauenbewegung ist etwas ganz für sich, das nur mit der Sozialdemokratie zusammenhängt. (Lebhafte Zustimmung.) Die wirklich freigesinnten bürgerlichen Frauen gehen bei den Wahlen zum Land- und Reichstage in unsre Wahlkreise und freuen sich, daß wir ihre Arbeitskraft verwenden, wie die der Proletarierinnen. Es ist auch uns unverständlich, wie Frauen gegen die Kandidatur Bebels haben auftreten können; auch uns hat ein solches Verhalten mit Entrüstung erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Frau Zetkin: Ich muß dem Genossen Michels noch einiges erwidern. Er meinte, der Internationale Frauenkongreß würde dank unsrer Teilnahme einen andren Verlauf genommen haben. Daß diese Meinung irrig ist, beweist schon die Tatsache, daß die radikalen Gruppen der bürgerlichen Frauen die Mehrheit des Kongresses nicht weiter nach links drängen konnten. Die Mitwirkung der radikalen Gruppen war resultatlos, es wäre auch resultatlos geblieben, wenn von uns jemand fünf Minuten mit hoher Erlaubnis hätte sprechen dürfen. Genosse Michels sprach von einer andern Stimmung, die bei unsrer Beteiligung den Kongreß beherrscht haben würde. Wir sind realpolitisch genug, auf Stimmungen zu pfeifen. Sie verwehen wie Flugsand vor dem Winde, sie sind nicht der Granit, auf den wir bauen können. (Zustimmung.) Die Geschichte lehrt uns, daß die bürgerlichen Frauen Fleisch vom Fleisch und Bein vom Bein der Bourgeoisie sind. Sie können nicht aus ihrer Haut heraus, sie können nicht aus ihrer Klasse heraus. (Sehr richtig!) Das hat auf dem Heimarbeitertag eine bürgerliche Frau Alice Salomon selbst zugegeben. Sie sagte, sie müsse sich quasi entschuldigen, daß die bürgerlichen Frauen nicht mehr zur Bekämpfung des Heimarbeiterelends leisteten, aber sie hätten bei ihren Bestrebungen mit zu großen Schwierigkeiten seitens der Männer zu kämpfen. Das ist charaktervoll gesprochen und mir lieber, als süße Versprechungen, hinter denen keine Taten stehen. Genosse Michels meinte, wir hätten durch unsre Reden den bürgerlichen Frauen das Gewissen geschärft. Was nicht die Tatsachen vermögen, was nicht die Wissenschaft vermag, das wird auch das zündende Wort einer Sozialdemokratin nicht erreichen. Der eiserne Panzer des Klassenvorurteils kann durch Reden nicht gebrochen werden. Genosse Michels hat sich für seine Ansicht auf das Zusammenarbeiten zwischen bürgerlichen und sozialistischen Elementen in den Parlamenten berufen. In den Parlamenten liegt doch die Sache anders. Genau wie wir in den verabscheuungswürdigen kapitalistischen Klassenstaat hineingeboren werden, ohne daß wir gefragt werden, ob wir auch darin leben wollen, so müssen wir auch mit den staatlichen Einrichtungen uns abzufinden suchen. Wenn ich aber meine Mitarbeiterschaft frei wählen kann, da gehe ich nicht zu Leuten, von denen mich eine abgrundtiefe Kluft trennt. (Beifall.) Gewiß erheben auch wir Reformforderungen, aber welcher Unterschied besteht in der Bewertung zwischen uns und den Frauenrechtlerinnen. Sie wollen durch Reformen die bürgerliche Gesellschaft stützen, wir wollen das Proletariat durch sie kampffähig machen, damit wir die heutige Gesellschaft stürzen können. Beim Heimarbeitertag sind nicht wir zu den bürgerlichen Reformern, sondern diese zu uns gekommen. Die bürgerlichen Reformer mußten sich unter die Speere des klassenbewußten Proletariats flüchten, um nur etwas zu erreichen. Die bürgerlichen Reformer haben sich vor unsern Karren gespannt, dem wir die Richtung gaben. Aus den gleichen Erwägungen heraus konnten wir uns am

Arbeiterschutz-Kongreß in Zürich beteiligen und mußten die Beteiligung an dem Konventikel der Exzellenzen in und außer Dienst in Brüssel ablehnen. (Lebhafte Zustimmung.) Auf dem Frauentag ertönte Beifall nicht bei den grundsätzlichen sozialistischen Forderungen, sondern bei den Reformforderungen. Ganz anders wäre es geworden, wenn nicht das Gemeinsame zwischen Frauenrechtelei und Sozialdemokratie, sondern das Trennende der Mittelpunkt der Debatten gewesen wäre, wenn der Bankrott der bürgerlichen Frauenbewegung nachgewiesen worden wäre, die soziale Emanzipation der Proletarierinnen, die menschliche Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechts herbeizuführen. Die socialistischen Prinzipien liegen jenseits jeder Reformweisheit. Wo diese aufhört, da fängt die weltbezwingende Idee des Sozialismus an. Auf diesem Kongreß hätte unser Banner nicht entfaltet werden können. Der Gang zur Kaiserin war keine Aeußerlichkeit, sondern ein Zeichen dafür, daß die bürgerliche Frauenbewegung das Bauchrutschen vor den Kronenträgern mitmacht, das ein charakteristisches Zeichen des Verfalls ihrer Klasse, ein Ausfluß ihres Hasses gegen die kämpfende Arbeiterklasse ist. Es ist doch charakteristisch, daß die bürgerlichen Frauen zur Kaiserin gegangen sind, obwohl diese der Frauenbewegung ablehnend gegenübersteht und in der Geschichte der Frauenbewegung keinen Platz hat. Und was hatten die Damen bei den Frauen der Exzellenzen Bülow und Posadowsky zu suchen? Unter den obwaltenden Umständen erscheint diese Wallfahrt geradezu als der Ausdruck der Selbstverachtung. An einer Bewegung, die solche Früchte zeitigt, nehmen wir nicht teil, mit solchen Elementen kongresseln wir nicht zusammen. (Lang anhaltender Beifall.)

In ihrem Schlußwort dankt

Frl. **Baader**-Berlin für die Anregungen der Diskussion und erklärt, daß sie mit der Tendenz der gestellten Anträge durchaus einverstanden sei. Was die Genossin Wartenberg gesagt hat, werde ich mir merken und recht häufig an sie schreiben. Ich hoffe dann, daß die künftige Zentralvertrauensperson eine hübsche Kassenrechnung in zwei Jahren wird vorlegen können. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Zunächst wird der Zentralvertrauensperson Frl. Baader einstimmig Decharge für ihre zweijährige Thätigkeit erteilt.

Der Antrag Bromberg wird der Vertrauensperson für Deutschland zur Berücksichtigung überwiesen, der Antrag Berlin wird unverändert angenommen, der Antrag Köln mit dem Amendement Josephsohn, so daß die Worte in Wegfall kommen „bestehend aus gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen".

Gleichfalls angenommen wird der Antrag der Frau Zietz in Sachen der Partei-Organisation.

Ein Antrag der Frau Plum-Essen, der die Ausarbeitung eines Flugblatts für das Ruhrrevier zur Verbreitung unter den Bergarbeiter-Frauen fordert, wird auf Vorschlag der Frau Zetkin der Zentral-Vertrauensperson überwiesen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Genossen Dr. Michels, der Mißverständnisse seiner Ausführungen richtig stellt, begrüßt

Reichstagsabgeordneter **Geck** die Konferenz und berichtet von einem Fortschritt, der in Baden erreicht worden. In Mannheim und Offenburg ist durch beständiges Drängen der Sozialisten ein Ortsstatut erzielt worden, wonach in den städtischen Kommissionen für die Armenpflege und die Volksschule weibliche Mitglieder gewählt werden dürfen. Das weise Ministerium hat nun bestimmt: In diesen Kommissionen darf die Zahl der Frauen die der Männer nicht übersteigen. (Heiterkeit.) Nun ist das männliche Geschlecht beruhigt. Das Wahlrecht haben die Frauen allerdings nicht. Anstandshalber aber sind beim ersten Versuch auch Sozialistinnen in diese Kommission berufen worden. Diese wirken nun

wie die Hechte im Karpfenteiche. Sie erteilen der Bourgeoisie gewissermaßen Anschauungsunterricht in der Armenpflege. Die Armen und Aermsten des Volkes empfinden es als Glück, wenn sie von Frauen besucht werden, die mit ihnen denken und empfinden und ihre soziale Lage mit vollem Verständnis ansehen. Die Einrichtung hat sich außerordentlich bewährt und kann gar nicht mehr abgeschafft werden. Diese Aermsten der Armen, denen durch diese Einrichtung geholfen wird, haben mich beauftragt, Sie als Vorkämpferinnen zu begrüßen. Wer da sieht, was die Frau bei dieser beschränkten Tätigkeit leistet, der muß wünschen, daß die Tätigkeit erweitert wird auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens und des Staates. (Lebhafter Beifall.)

Nächster Punkt der Tagesordnung ist: **Der Kinderschutz.**

Die Referentin, Genossin **Zietz**-Hamburg legt folgende Resolution vor:

Kinderschutz-Resolution.

Die Konferenz sozialistischer Frauen erklärt, daß das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Kinderschutzgesetz nicht im entferntesten den Ansprüchen an den gesetzlichen Schutz der Kinder gegen die vorzeitige Verwüstung ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gerecht wird.

Sie fordert deshalb im Interesse der Zukunft des Proletariats und der gesamten Nation:

Verbot jeglicher Erwerbsthätigkeit schul- und vorschulpflichtiger Kinder im Gewerbe, der Land- und Forstwirtschaft, bei häuslicher Arbeit, im Boten- und Gesindedienst. Ausdehnung der Schulpflicht auf das vollendete 14. Lebensjahr. Herabsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit für jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und Einführung eines obligatorischen Fortbildungsunterrichts für beide Geschlechter.

Des ferneren fordert sie nachdrücklichst die Durchführung einer wirksamen Kontrolle des Kinderschutzes, und um dieselbe zu ermöglichen, die entsprechende Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Heranziehung von Aufsichtsbeamten aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Konferenz macht es den Genossinnen zur Pflicht, mit ganzer Kraft und Energie für die Durchführung dieser Forderungen zu wirken.

1. Durch fleißiges und gründliches Studium des einschlägigen Materials.
2. Durch Sammlung und Veröffentlichung von neuem Material, das aufs neue die Berechtigung und Notwendigkeit obiger Forderungen begründet.
3. Durch aufklärende mündliche und schriftliche Agitation, um in den Massen den nötigen Resonanzboden für unsre Forderungen zu gewinnen und zu erhalten.

Die Konferenz verpflichtet des ferneren die Genossinnen, nach besten Kräften für die strikte Durchführung des im Gesetze ausgesprochenen Schutzes mit Sorge zu tragen und zu diesem Zwecke sich selbst in möglichst ausgiebiger Weise an der Kontrolle zu beteiligen.

Zur Begründung führt die Rednerin folgendes aus:

Seit der kapitalistischen Anwendung der Maschine lautet der Ruf der Unternehmer nicht nur: „Frauenarbeit vor!" sondern auch: „Kinderarbeit vor!" Je mehr der Unternehmer für seinen Betrieb des konstanten Kapitals benötigte (für Maschinen, Fabrikgebäude usw.), desto mehr sollte am variablen Kapital (für die lebendige menschliche Arbeitskraft) gespart werden. Um so größer ward sein Hunger nach billiger weiblicher und kindlicher Arbeitskraft. Wer erfahren will, welch entsetzlicher Raubbau an der kindlichen Arbeitskraft in den Fabriken betrieben ward, bevor die Gesetzgebung eingriff, der lese es nach bei Karl Marx im ersten Bande des „Kapital", bei Friedrich Engels in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England", oder für Deutschland in Mehrings „Geschichte des Sozialismus", oder bei Anton Günther in der „Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung ꝛc. ꝛc." Als dann endlich die Gesetzgebung ein-

griff, geschah es zunächst keineswegs im Interesse der ausgebeuteten Kinder, sondern im Interesse des Unternehmers und des Staates. Man wollte nicht den heranwachsenden denkenden und fühlenden Menschen, sondern den zukünftigen Vollarbeiter und Rekruten schützen. (Lebhafte Zustimmung.) Erst der fortgesetzten Kritik und dem Fordern und Drängen des allmählich zum Klassenbewußtsein erwachenden Proletariats gelang es, einen wirksameren Schutz für die kleinen Fabriksklaven durchzusetzen.

Die Gesetzgebung zum Schutze der in Fabriken beschäftigten Kinder hat vorläufig in den Bestimmungen des § 135 der Gewerbeordnung ihren Abschluß gefunden. Danach ist die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren überhaupt verboten, von Kindern im Alter von 13—14 Jahren nur dann nicht, wenn diese nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind. Die tägliche Arbeitszeit darf sechs Stunden nicht überschreiten.

Da diese Bestimmungen nur für Fabriken gelten, wurde damit die Kindererwerbsarbeit keineswegs beseitigt. In der Landwirtschaft, in den Werkstätten und der Heimindustrie, bei Botengängen, in den Gastwirtschaften und bei häuslichen Diensten herrscht nach wie vor Ausbeuterfreiheit. Nicht wenige der auf Grund des Gesetzes aus den Fabriken verdrängten Kinder wurden in diesen Betrieben aufs neue und oft noch ärger ins Joch gespannt. So in der Landwirtschaft, wo sie als Hütekinder, beim Rübenziehen und Kartoffelroden, bei der Kornernte dem schlimmsten Sonnenbrand und allen Unbilden der Witterung ausgesetzt sind. So in den Werkstätten als Schmiede, Glasbläser, auf den Bauten und Ziegeleien, in den Steinbrüchen beim Steineklopfen, in den Gastwirtschaften als Kegeljungen, während die Mädchen zum Bedienen der oft genug halb oder ganz betrunkenen Gäste verwandt würden. Als Botengänger werden sie wieder des Morgens um 3, 4 Uhr im besten Schlaf aus den Betten gerissen und ungenügend gekleidet, nüchtern, in Sturm, Regen und Frost hinausgejagt, um Brot, Zeitung und Milch der Kundschaft zuzutragen. Oder sie werden als Heimarbeiter in der Textil-, Tabak-, Konfektions-, Porzellanbranche, bei der Griffelfabrikation, in der Nahrungsmittelindustrie usw. eingepfercht in dunstigen, schlechtventilierten, licht- und luftlosen Räumen, wo sie bis in die Nacht hinein bei entsetzlich monotoner geisttötender Arbeit angespannt bleiben. Und dazu die oft endlose Arbeitszeit. Auf Grund einer amtlichen Statistik wurde festgestellt, daß z. B. in Chemnitz

435	Kinder	täglich	4	Stunden arbeiten,
1241	"	"	6	" "
172	"	"	9	" "
42	"	"	10—13	" "

Für Charlottenburg wurde eine wöchentliche Arbeitsdauer von 30 bis 72 Stunden nachgewiesen. Und anderswo ist es nicht besser, mitunter noch schlimmer.

Das sind Arbeitszeiten, die den kindlichen Organismus zerstören müssen, ja die zum Teil für einen Erwachsenen viel zu lang sind. Es bedarf keines weiteren Beweises, daß unter solchen Verhältnissen die Gesundheit der Kleinen auf das schwerste geschädigt, ihre körperliche Entwicklung außerordentlich beeinträchtigt wird. Die bleichen Wangen, die glanzlosen Augen, der gekrümmte Rücken, die gekrümmten Beine der skrophulösen, rhachitischen, blutarmen Arbeiterkinder sind eine entsetzliche, lebendige Anklage gegen unsre heutige Gesellschaftsordnung. (Bewegung und lebhafte Zustimmung.) Zu der körperlichen Schädigung der Kinder kommt aber noch die geistige und intellektuelle.

Es ist das wahrlich kein Wunder. Statt frisch und aufnahmefähig in die Schule zu kommen, sind sie müde und unlustig, schlafen beim Unterricht ein oder halten sich nur mit vieler Mühe munter. Aber vom Kapieren und geistig Verarbeiten des im Unterricht ihnen dargebotenen Lehrstoffes kann keine Rede sein.

Tränen des Zornes und der Erbitterung erpreßt es uns, wenn wir lesen, daß z. B. in Berlin im Jahre 1902 764 Mädchen und 750 Knaben aus der 5. Schulklasse entlassen wurden, daß

1588 Knaben und 1713 Mädchen aus der 4.
183 „ „ 170 „ „ „ 6.
14 „ „ 7 „ „ „ 7.

Klasse ins Leben traten. (Hört! hört!) Und warum? Zum großen Teil waren es erwerbstätige Kinder! So ist es der Profitwut der Unternehmer geschuldet, daß selbst das wenige Wissen, das unsern Kindern in der Volksschule übermittelt wird, von diesen nicht aufgenommen werden kann, daß selbst diese einzige, ohnehin so spärlich fließende Bildungsquelle tausenden von Proletarierkindern so verstopft wird. Wie wäre es auch denkbar, daß im Jahre 1899 noch 399 Analphabeten unter den deutschen Rekruten gezählt wurden. Ich wiederhole: Tränen des Zornes und der Erbitterung erpreßt uns die Betrachtung solcher Zustände, (Lebhafte Zustimmung), zumal man selbst erfahren hat, wie unendlich schwer, ja geradezu unmöglich es ist, aus eigner Kraft im späteren Leben die Lücken des Wissens auszufüllen und wie der Mangel an Wissen uns überall und jederzeit hemmend in den Weg tritt. Dann ballt man im berechtigten Zorn die Faust und schwört Kampf, unerbittlichen Kampf einer Gesellschaft, die solche Zustände geschaffen hat und aufrecht erhält. (Lebhafter Beifall.) Doch kehren wir zu unsern Kleinen zurück. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Erwerbsarbeit unendlich viele Gefahren sittlicher Natur für die Kinder mit sich bringt. Ich erinnere an den Kegeljungen, der von den Keglern mit Bier oder wohl gar mit Schnaps traktiert wird und so nur zu leicht zum Alkoholiker wird. Ich erinnere an die Kinder, die in Steinbrüchen und Ziegeleien arbeiten, allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, ungenügend ernährt und bekleidet, die dem Beispiel der Erwachsenen folgen, zur Schnapsflasche greifen, um sich einen Augenblick das Gefühl der Sättigung, der Wärme, des Behagens zu verschaffen und so allmählich Trinker werden. Ich erinnere an den Bericht des Lehrers Agahd, wonach elf- bis zwölfjährige erwerbsthätige Mädchen unter den Prostituierten Berlins sind, wonach unter 100 jugendlichen Strafgefangenen 70 als Kinder erwerbstätig waren. So ist es der unersättliche Goldhunger der Herrschenden, der Hunderttausenden von Proletarierkindern die goldene Jugend raubt, die Jugend, von der Dichter und Denker singen und sagen: Diese Zeit des Frohsinns, des Spieles, der Sorglosigkeit wird für sie eine Zeit des Elends, der Entbehrung, der Not, der Ueberarbeitung. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist der unersättliche Goldhunger, der Hunderttausende von Proletarierkindern körperlich, geistig und seelisch zu Grunde richtet, der gleich einem Reif fällt in der Frühlingsnacht und so manches vielverheißende Menschenknösplein vernichtet. Das mögen sich all jene Dämchen und Herren gesagt sein lassen, die auf den Höhen des Lebens in der Sonne wandeln und pharisäisch die Nase rümpfend an ihre Brust schlagen und ausrufen: Herr Gott, ich danke dir, daß meine Kinder edel und gut und nicht verkommen und verroht sind wie jene des Pöbels.“ (Bravo!) Danken sie doch nicht zum geringen Teil ihren Reichtum und ihre Bildung dem Umstand, daß die Ausbeutung schon Hirn und Knochen der Arbeiterkinder zermürbt. Und auch heute wollen sie keineswegs auf die Einnahmequelle verzichten.

Das beweist das Kinderschutzgesetz und dessen Anwendung und Handhabung. Bereits 1887 hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Initiativantrag im Reichstag eingebracht, der das Verbot jeder Kindererwerbsarbeit forderte. Und seitdem ist im Parlament, in der Presse, in Volksversammlungen überall unsre Forderung: Fort mit der Kinderarbeit! auf das nachdrücklichste wiederholt und durch die Kritik der Kinderarbeit und deren Folgen begründet worden. Auch ein großer Teil der deutschen Lehrerschaft hat in der freimütigsten Weise diese Kritik geübt und Abhilfe verlangt. Danach wurde im Jahre

1898 vom Reichskanzler eine Enquete bezüglich der Kinderarbeit und deren Schäden angeordnet. Dieselbe ergab, daß 532 283 Kinder im schulpflichtigen Alter erwerbstätig seien. Doch heißt es selbst in der amtlichen Denkschrift der Enquete, daß diese Zahl bei weitem hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Es sind weder alle Teile des Reiches, noch alle Zweige der gewerblichen Tätigkeit erfaßt; vor allem nicht die Hunderttausende von Kindern in der Landwirtschaft, die vielen Kinder, die im vorschulpflichtigen Alter beschäftigt werden usw. Und trotzdem wurden über $^1/_3$ Million kleiner Lohnsklaven gezählt, die zum Teil bei harter, immer aber bei anstrengender, geisttötender Arbeit unter den traurigsten Umständen ihr Leben fristen.

Dies Ergebnis hatte die Einbringung des Kinderschutz-Gesetzentwurfs zur Folge, der am 30. März 1903 Gesetz ward und am 1. Januar 1904 in Kraft trat.

Rednerin führt die Hauptbestimmungen des Gesetzes an.

Dies Gesetz bleibt leider weit hinter unsren Forderungen zurück. Wenn unsre Fraktion trotzdem dafür gestimmt hat, so deswegen, weil es einen prinzipiellen Fortschritt bedeutet. Im Kinderschutzgesetz ist zum erstenmale mit dem bisherigen, von der kapitalistischen Gesellschaft zähe festgehaltenen Prinzip: „Vor der Familie muß der Gesetzgeber Halt machen", gebrochen worden. Das Kinderschutzgesetz ist auf die Heimarbeiter ausgedehnt, es enthält den ersten, wenn auch winzigen Anfang eines Heimarbeiterschutzes. Im übrigen fordert es in überaus reichem Maße unsre Kritik und unsern Protest heraus. Da sind zunächst wieder weite Kreise der erwerbstätigen Kinder von dem Schutze durch das Gesetz ausgeschlossen: die Hunderttausende in der Landwirtschaft und im Gesindedienst beschäftigten. Dabei liegen Berge von Material vor und die Kommissions- und Plenarberatungen über das Gesetz haben weiteres Material beigebracht, welches beweist, daß es in der Landwirtschaft dem kindlichen Arbeiter nicht um ein Jota besser geht wie seinem Leidensgenossen in der Industrie. Diese traurige Tatsache ward illustriert unter Hunderten von ähnlichen Fällen durch den Ausspruch des Sanitätsrats Heinacher aus Graudenz, daß ihm unter den vielen armen, elenden Kindern, die er untersuchte zum Zwecke der Wiederimpfung, die elende körperliche Entwicklung der Hütejungen aufgefallen ist.

Das ward des weiteren illustriert durch den Klageruf des hessischen Geistlichen: „Man möchte weinen, wenn man die müden, abgespannten Kindergesichter (der „Weidjungen") gleich in den ersten Morgenstunden erblicken muß. O, diese Fronfesseln um Kindesarme und Kindesbeine! Wann wird man auf ländlicher Flur dem Kinde die Kindheit wiedergeben!" Oder durch den Erlaß der anhaltischen Regierung: „Nur mindestens Achtjährige dürfen zu ganzen Tagesleistungen herangezogen werden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends." Trotz alledem — die agrarische Mehrheit lehnte den Kinderschutz für die Landwirtschaft ab; alles was erreicht wurde, war die Annahme einer Resolution, die eine Enquete über die Kinderarbeit auf dem Lande forderte.

Das Schutzalter der gewerblich tätigen Kinder auf 14 Jahre festzusetzen, konnte sich die Majorität ebenfalls nicht entschließen. Es blieb bei 12 Jahren für fremde, bei 10 Jahren für eigne Kinder. In der Begründung der Regierungsvorlage heißt es in bezug hierauf, daß eine mäßige Beschäftigung von Kindern insofern ihre Berechtigung habe, als sie geeignet sei, die Kinder an körperliche und geistige (?) Tätigkeit zu gewöhnen, den Sinn für Fleiß und Sparsamkeit zu erwecken und sie vor Müßiggang und andern Abwegen zu bewahren.

Die Arbeit enthalte ein wesentliches, nicht zu unterschätzendes erziehliches Moment.

Fast sämtliche Vertreter der bürgerlichen Parteien hielten sich verpflichtet, dies nachzubeten. Wir verkennen keineswegs den hohen pädagogischen Wert der Arbeit. Fordern wir doch deswegen seit langem die Einführung des Handfertigkeits-Unterrichts in den Schulen. Die Arbeit als Erziehungsmittel fördert

und bildet den Tätigkeitsdrang, der in jedem Kinde schlummert. Sie ist Mittel zum Zwecke, um anzuregen zum Beobachten, Denken, Urteilen, Handeln. Sie fördert damit die Geistesbildung, die Tat- und Willenskraft und wirkt so versittlichend, veredelnd, stärkt ferner Nerven- und Muskelkraft und fördert damit die Gesundheit, die körperliche Entwicklung.

Ganz anders die Erwerbsarbeit, bei der ein bestimmtes Quantum einer bestimmten Arbeit, die nach der Qualität dem Kinde nicht behagt, nach der Quantität seine Kräfte übersteigt, Tag für Tag geleistet werden muß. Die ermüdet, stumpft ab, weckt keine schlummernden Kräfte, sondern tötet sie. Die chronische Uebermüdung hemmt die körperliche und geistige Entwicklung, ganz zu schweigen von den sittlichen Gefahren, denen erwerbstätige Kinder nur zu oft ausgesetzt sind. Bei der Erwerbsarbeit wird das Kind die Arbeit nicht lieben, sondern hassen und fürchten lernen. Zudem bedürfen die Kinder gerade in dem Alter von 12, 13, 14 Jahren, wo bei ihnen die Pubertät eintritt, ganz besonders des Schutzes.

Aber nicht nur, daß sich Reichstag und Regierung nicht zu einem strikten Verbot jeglicher Kinderarbeit aufschwingen konnten, wurden die Schutzbestimmungen noch durchlöchert, indem Bundesrat und Verwaltungsbehörden Ausnahmen von den gesetzlichen Bestimmungen gewähren dürfen. Der Bundesrat ist befugt, für die ersten zwei Jahre — im Regierungsentwurf heißt es für die ersten fünf Jahre — nach Inkrafttreten des Gesetzes für einzelne Arten der im § 12 des Gesetzes bezeichneten Werkstätten, in denen durch elementare Kraft bewegte Triebkräfte nicht bloß vorübergehend zur Anwendung kommen, sowie für Werkstätten im Handels- und Verkehrsgewerbe (§ 13 Absatz 1 des Gesetzes) die Beschäftigung eigner Kinder zuzulassen unter teilweisem oder ganzem Dispens von den Schutzbestimmungen ausschließlich der Sonntagsruhe. Der Bundesrat hat von dieser Befugnis sehr ausgiebigen Gebrauch gemacht. Für Preußen im Regierungsbezirk Düsseldorf, für Baden im Kreise Waldshut ist in Werkstätten der Bandweberei, im letztgenannten Kreise auch der Stoffweberei, eignen Kindern das Spulen, insbesondere auch das Spulen mit den Spulmaschinen, die durch elementare Kraft betrieben sind, gestattet bis Ende 1905, wenn Wohnung und Werkstatt in einem Hause sich befinden und in der Werkstatt nicht mehr als drei Stühle betrieben werden. Die übrigen Schutzbestimmungen bezüglich des Alters, der Arbeitszeit, Pausen, Nachtarbeit sind aufrecht erhalten. Bedauerlicher noch als diese Ausnahmen sind jene, durch die der Bundesrat das Schutzalter von 10 auf 8 Jahre herabsetzte: sie gelten zwar nur für bestimmte Bezirke, aber gerade für diejenigen, in denen überhaupt diese Art hausindustrieller Beschäftigung in Betracht kommt.

Alle diese Ausnahmen sind zugelassen in Gegenden und Berufen, in denen die schlimmste Ausbeutung und damit die schlimmsten Uebelstände bei den Reichstagsdebatten nachgewiesen wurden. Aus denen folgt, daß alle Bande der Liebe und des Familienlebens zerstört werden, daß die Eltern schließlich in ihren Kindern nur das Arbeitsinstrument, die Kinder in ihren Eltern nur die Arbeitgeber und Antreider sehen. Und nach Ablauf der zwei Jahre kann der Bundesrat weiter solche Ausnahmen zulassen! Dadurch ist der geringe Heimarbeiterschutz, den das Kinderschutzgesetz enthält, noch mehr eingeschränkt.

Für die Kinder, die als Botengänger beschäftigt werden, hat die Polizeibehörde an zahlreichen Orten gestattet, daß dieselben von $6^1/_2$—$7^1/_2$ Uhr morgens in der Uebergangszeit beschäftigt werden dürfen. Damit ist für diese Kleinen eine der wertvollsten Bestimmungen des Gesetzes, nämlich daß die Kleinen nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden dürfen, wodurch erreicht werden soll, daß sie frisch und aufnahmefähig in die Schule kommen, wieder illusorisch gemacht. Ja noch mehr. Sie werden jetzt in einer Stunde an Arbeit fertigstellen müssen, wozu sie sonst $1^1/_2$—2 Stunden brauchten. Die darauffolgende

Ermüdung wird daher um so größer sein. Und zu all diesen Ausnahmebestimmungen kommt noch hinzu, daß das Wenige an gesetzlichen Bestimmungen, das zum Schutze der Kinder übrig bleibt, unausgesetzt übertreten wird.

Ist doch fast nichts zur Kontrolle des Kinderschutzes geschehen. Nach dem Gesetze soll die Gewerbeinspektion und die Gewerbepolizei die Kontrolle ausüben. Bekanntlich ist aber schon heute die Gewerbeinspektion überlastet. Groß ist die Zahl der inspektionspflichtigen Betriebe, die nicht einmal im Jahre revidiert werden. Wie soll es da möglich sein, daß z. B. das weite Gebiet der Heimindustrie inspiziert wird und damit den Kindern der geringe ausgesprochene Schutz gesichert wird. In Hamburg und Württemberg sind die Lehrer mit zur Kontrolle herangezogen. Sie sollen, wenn ihnen in der Schule die Ermüdung eines Kindes beim Unterricht auffällt und sich herausstellt, daß dieselbe eine Folge der Erwerbsarbeit ist, der Gewerbeinspektion durch Vermittlung der Oberschulbehörde Mitteilung machen, die dann einzugreifen hat. So sehr wir auch die Mitarbeit der Lehrer begrüßen, kann doch unmöglich die ganze Kontrolle auf deren Angaben aufgebaut werden. Soll der gesetzliche Schutz zu einem faktischen werden, so muß unbedingt für eine wirksame Kontrolle gesorgt werden. Bei einer wirksamen Kontrolle würde erstens der geringe Schutz den Kindern gesichert werden, zweitens würde das Ergebnis der Kontrolle, das in den Berichten der Beamten in Erscheinung tritt, wo sie eine Schilderung der Tätigkeit der Kinder, der Umgebung, in der sie diese vollzogen, des ganzen Milieus in dem sie leben, geben würden, dazu beitragen, das soziale Gewissen zu wecken, zu schärfen und damit den geringen bestehenden Schutz einer Weiterbildung entgegentreiben.

Welches sind nun die Aufgaben, die uns angesichts dieser Verhältnisse erwachsen? Sie sind in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. Wir vertreten die Forderungen: fort mit der Kinderarbeit im schul- und vorschulpflichtigen Alter. Nach unsrer Meinung gehört das Kind in die Schule und auf den Spielplatz und nicht in die Erwerbsarbeit.

Rednerin erläutert kurz die einzelnen Forderungen. Dann schließt sie:

Genossinnen, nehmen Sie unsre Resolution an. Wenn Sie dann in Ihre Heimat zurückgekehrt sind, wirken Sie mit ganzer Kraft für die Durchführung der darin niedergelegten Forderungen. Ich denke, ganz besonders die Genossinnen, die das Glück haben, Mutter zu sein, werden mit heißer Sehnsucht die Durchführung dieser Forderungen wünschen und dafür kämpfen wollen. Gilt es doch nichts Geringerem als unsren Kindern eine hellere Zukunft zu erkämpfen, für unsre Kinder die Möglichkeit zur harmonischen Ausbildung eines sittlich gefestigten, geistig frischen und starken, körperlich gesunden und schönen Menschen schaffen. Es gilt also um hohen Preis. Deshalb lassen Sie unsre Parole sein: Auf zum Kampf! Nieder mit der Ausbeuterfreiheit! Unsren Kindern zum Schutz, den Unternehmern zum Trutz! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Frau **Lungwitz-Dresden**: Wir haben den Antrag eingebracht: „Kinder unter vierzehn Jahren dürfen als Austrägerinnen an Parteizeitungen nicht verwendet werden." Sie dürften sich vielleicht über diesen Antrag wundern. Es liegt uns auch fern zu behaupten, daß unsre „Sächsische Arbeiterzeitung" etwa Kinder zum Austragen verwendet. Aber trotzdem schicken die Kolporteure oft mit sechs- bis achtjährigen Kindern die Zeitung ins Haus oder lassen durch diese kassieren. Die Rednerin kritisiert dann eingehend die Kinderbeschäftigungs-Anstalten der Kommune Dresden. Von Schulschluß bis spät in den Abend werden die Kinder selbst mit Holzhacken und Schiffsziehen beschäftigt, für die kleinsten Unarten gibt es Schläge oder Entziehung des Verdienstes für den nächsten Tag, ein Schutz gegen Unfall ist nicht immer vorhanden. Zur Förderung

der Frömmigkeit wird natürlich bei Beginn und Schluß der Arbeit ein Kirchenlied gesungen. Rednerin empfiehlt daher, die Konferenz möge folgenden von den Genossinnen Dresdens gestellten Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen: Die städtischen Kinderbeschäftigungs-Anstalten, welche bisher dem Kinderschutzgesetz nicht unterstellt sind, sollen ihm unterstellt werden.

Frau Göckeritz-Reichenbach befürwortet den Antrag des fünften sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die Frauenkonferenz möge Vorschläge zur Verbesserung des jetzt in Kraft getretenen Kinderschutzgesetzes machen und zwar dahingehend, daß die Handhabung des Gesetzes zu einem wirklichen Schutze wird und daß man zweitens dieses Gesetz auch auf die heimarbeitenden Kinder ausdehnt. Diese Vorschläge sollen in einer Resolution festgelegt und diese unsrer Reichstagsfraktion übergeben werden. Sie zeigt die traurigen Verhältnisse der heimarbeitenden Kinder in der Textilindustrie von Reichenbach und Umgegend.

Es liegt ferner ein Antrag der Berliner Genossinnen vor: Die Vertrauenspersonen mögen in ihren Orten Ermittelungen darüber anstellen, wieviele Kinder und in welchem Alter tagsüber ohne Aufsicht sind, weil die Eltern der Erwerbsarbeit nachgehen müssen.

Frau Bauschke-Berlin begründet ihn mit dem Hinweis auf die zahlreichen Unfälle und schließt mit den Worten, daß wer wie sie in der Jugend selbst die Armut kennen gelernt habe, den Kampf gegen sie und die durch sie verursachten Qualen voll zu schätzen wissen werde.

Frau Lutz-Berlin teilt ihre eigenen Erfahrungen aus der Jugend mit. Sie habe am eignen Leibe erfahren, was es heiße, übermäßig arbeiten zu müssen. Der Berliner Waisenverwaltung werde mehr auf die Finger gesehen werden müssen. Sie gebe Waisenkinder, besonders Mädchen, aufs Land, die dort übermäßig ausgebeutet würden. Ein zehnjähriges Mädchen müsse fünf Kühe täglich melken, eine Arbeit, die gar nicht ordentlich geleistet werden könne. Es ist überall darauf zu achten, wohin die Waisenverwaltungen die Kinder in Pflege geben.

Frau Plum-Essen berichtet von der Ausbeutung der Arbeitskraft kleiner Kinder beim Austragen von Zeitungen und Weißbrot in ihrem Bezirke. Diesen Kindern ist es nicht möglich, ein ordentliches Frühstück zu sich zu nehmen, bevor sie in die Schule kommen. Durch die Anfrage eines Lehrers wurde festgestellt, daß 25 Kinder nüchtern auf der Schulbank saßen. Im Landkreise Aachen werden drei- bis vierjährige Kinder mit dem Aufnähen von Knöpfen, Haken und Oesen beschäftigt. Für das Aufnähen von drei Dutzend wird 1 Pfennig bezahlt; die Kinder verdienen 8 bis 10 Pf. täglich. (Hört! hört!) Der Zwirn muß von den Eltern geliefert werden. Von der Ausbeutung dieser Kinderarbeit kann sich nur der eine Vorstellung machen, der das schwarze Unternehmertum kennt. Für diese Leute existiert kein Kinderschutzgesetz. (Lebhafter Beifall.)

Frau Wartenberg-Ottensen schildert die Ausbeutung der Kinder in der Heimarbeit der Tabakindustrie; Schandlöhne werden auch für das Auspellen der Krabben bezahlt.

Frau Wichmann-Lichtenberg wünscht, daß den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die Akkordarbeit verboten wird, weil gerade die Akkordarbeit zu Lohndrückereien benutzt wird. Sie schlägt der Konferenz ein entsprechendes Amendement zur Resolution Zietz vor.

Frau Baumann-Altona: Während früher zum Austragen von Zeitungen nur Frauen verwandt wurden, die auf eignes Konto Kinder verwandten, werden jetzt direkt Kinder, die über 12 Jahre alt sind, angestellt für die Stunden, wo ihre Beschäftigung zulässig ist. Die Wirkung des Kinderschutzgesetzes auf die Kolportage ist gleich Null. Es wird nach Kräften umgangen und niemand kümmert sich darum. Bei der Parteikolportage des „Hamburger Echo“ ist die Beschäftigung von Kindern streng verboten.

Damit schließt die Diskussion.

In ihrem **Schlußwort** hebt Frau **Zietz** hervor, daß die Resolution des 5. sächsischen Wahlkreises teils durch die Resolution der Referentin erledigt, teils bereits Gesetz ist. Die von Genossin Wichmann beantragte Veränderung der Resolution (Verbot der Akkordarbeit für jugendliche Arbeiter statt Herabsetzung der Arbeitszeit für diese Arbeiter auf sechs Stunden) empfiehlt sich nicht. Es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß die Gewerkschaften, die für die Beseitigung der Akkordarbeit agitieren, besonders und nachdrücklichst auch für die Beseitigung der Akkordarbeit der jugendlichen eintreten. Der Antrag 1 der Genossinnen des 4. und 6. sächsischen Wahlkreises (Dresden) und der Antrag Berlin sollten angenommen werden.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Zietz unter Ablehnung des Amendements Wichmann einstimmig angenommen. Gleichfalls angenommen wird der Antrag Berlin und der Antrag 1 Dresden.

Um 1/28 Uhr werden die Verhandlungen auf Sonntag 9 Uhr vertagt.

An der Konferenz nehmen teil:

Ottilie Baader-Berlin. M. Karstens-Neumünster. Adolf Scherf-Langenchursdorf, für Glauchau-Meerane. Heinrich Schulz-Bremen, für Erfurt. Marie Wackwitz-Wittenberge. August Wichy-Mühlhausen. Pauline Göckeritz-Reichenbach i. V. Klara Pötzsch-Leipzig. Wilhelmine Kähler-Bromberg und Magdeburg. Linchen Baumann-Altona. Henriette Mirus-Frankfurt a. M. Bertha Lungwitz-Dresden. Agnes Plum-Essen. Margarete Zeise-Köln. Marie Thiel-Teltow-Beeskow. Minna Jung-Nieder-Barnim. Bertha Riemann-Chemnitz. Auguste Bosse-Bremen. H. Meyer-Bremen. Minna Schäfer-Bremen. Marie Rost-Hamburg. Luise Zietz-Hamburg. Agnes Fahrenwald-Hamburg. Anna Bauschke-Berlin. Bertha Lutz-Berlin. August Hering-Flensburg. Kenngott-Eßlingen, für Cannstatt. Josephsohn-Hamburg, Handlungsgehilfen. Marie Greifenberg-Augsburg. Genossin Wartenberg-Ottensen. Anna Riemann-Stralsund. Klara Zetkin-Stuttgart. Minna Vollmann-Halberstadt. Genossin Adelheid Popp-Wien, Vertretung der österreichischen Genossinnen. Genosse Molkenbuhr in Vertretung des Parteivorstandes. Als Gast Genossin Wichmann, Kreis Nieder-Barnim.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. September 1904. — Vormittags-Sitzung.

Die Vorsitzende Frau **Zetkin** eröffnet die Sonntagssitzung um 9 1/4 Uhr und gibt zunächst Frau **Fahrenwald**-Hamburg das Wort zum **Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission**. Es sind 33 Mandate für 32 Delegierte ausgestellt worden, Frau Kähler vertritt Magdeburg und Bromberg. Unter den Delegierten sind sechs Genossen. Als Gäste sind anwesend für den Parteivorstand Genosse Molkenbuhr, für die österreichischen sozialistischen Frauen Genossin Popp, für den Wahlkreis Nieder-Barnim Genossin Wichmann. Hoffen wir, so schließt die Berichterstatterin, daß die Konferenz das nächste Mal doppelt so stark besucht ist. (Beifall.)

Dann wird in der Tagesordnung fortgefahren. Zum Referat über den **Zehnstundentag** erhält das Wort

Fräulein **Baader**: Mehr als 12 Jahre ist es her, seit wir den gesetzlichen Elfstundentag für die in Fabriken arbeitenden Frauen haben. Was hat man nicht alles seiner Einführung entgegengesetzt. Man hat behauptet, die Frauen würden dadurch völlig aus der gewerblichen Arbeit herausgedrängt werden. Aber die Unternehmer wissen, daß sie nach wie vor an den Frauen billige und willige Arbeitskräfte haben. Deshalb ist nicht nur die Frauenarbeit im selben Umfange erhalten geblieben, sondern zwischen den letzten beiden Gewerbe-

zählungen von 1882 bis 1895 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen noch um 23,60 Proz. zugenommen. Welche Fülle von Familienglück wird dadurch zerstört! Aber den Mißständen der Frauenarbeit kann nicht dadurch abgeholfen werden, daß man die Frauen aus der Fabrik herausdrängt. Im Gegenteil, nicht herausdrängen, aber schützen wollen wir die Frauenarbeit, die die Frau auf eine höhere soziale Stufe hinaufhebt und sie dem Manne gleichberechtigt macht. Die Nachteile der Frauenarbeit zeigen sich nur in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und doch würde gerade in ihr das Verbot der Frauenfabrikarbeit die Frauen nur größerer Ausbeutung in der Heimarbeit in die Arme treiben. Dann hätten sie noch weniger Zeit, Mütter und Hausfrauen zu sein. Nur die Verkürzung der Arbeitszeit kann der Familie die Frau, den Kindern die Mutter, dem Manne die Gattin wiedergeben. Wir verlangen die Verkürzung des Arbeitstags für alle Arbeiter, aber in erster Linie fordern wir sie für die Frauen, leiden doch diese am schwersten unter seiner Länge. Unsre Parteigenossin Frau Dr. Adams-Lehmann hat statistisch nachgewiesen, wie wenig Frauen gesunde Kinder zur Welt bringen. Eine sehr große Zahl von Frauen stirbt alljährlich im Kindbett, ein Zeichen für die Zerstörung des Organismus durch die lang ausgedehnte Arbeitszeit. In gleicher Weise leidet die Pflege der Kinder. In den Fabrikorten Sachsens sterben 38—45 Proz. der Kinder im ersten Lebensjahre. Welch eine Menschenverwüstung, welch ein Raubbau an der menschlichen Kraft. Wir verlangen Schutz nicht nur für die verheirateten Frauen, sondern auch für den weniger gefestigten Organismus der jungen Mädchen.

Weiterhin nimmt die Arbeit ständig an Intensität zu. Als die Crimmitschauer Textilarbeiter ihre minimale Forderung nach dem Zehnstundentag erhoben, wiesen sie nach, daß die Webstühle, die 45—55 Schuß in der Minute machten, jetzt deren 75—80 machen. Diesem Gang der Maschine muß sich die Arbeiterin anpassen. Und mit Recht hat mit Bezug auf diese Steigerung Karl Marx in seinem „Kapital" gesagt, daß wenn man den Arbeiter zwänge, um ein Viertel mehr Atemzüge zu machen, Schritte zu gehen und Arbeit zu leisten, er statt 50 nur 37 Jahre leben werde. (Sehr richtig!) Wir aber wollen das Mehr an Arbeitskraft, das wir in der Arbeitszeit ausgeben, durch eine Verkürzung der Arbeitszeit unserm Körper erhalten. Ein konservativer Parteiführer sagte einmal, daß man durch eine Verkürzung der Arbeitszeit geradezu das Kapital konfisziere. Wenn man dem Arbeiter die Arbeitskraft, sein Kapital, erhält, so konfisziert man es nicht. Aber wahrscheinlich hat der Herr an alles andre eher als an das Kapital des Arbeiters gedacht.

Seit die Arbeiterschaft Vertreter im Parlament hat, sind diese unablässig bemüht gewesen, Anträge im Sinne der Arbeitszeitverkürzung einzubringen. Ein Gesetz, das 1867 v. Schweitzer „zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital" vorschlug, kam nicht zur Verhandlung. Der Präsident forderte entgegen der Gewohnheit die schriftliche Unterstützung, und alle Fraktionen lehnten es ab, ihre Unterschrift zu dem Antrag zu geben.

Bei der Schaffung der Gewerbeordnung 1869 traten wieder im Norddeutschen Reichstag Schweitzer, Fritzsche, Hasenclever, Bebel und Liebknecht für die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit ein, insbesondere auch für Beschränkung der Frauenarbeitszeit und das Verbot der Kinderarbeit.

Am 11. April 1877, also ein Jahr vor dem Attentatsrummel, kam ein derartiger Antrag infolge der Unterstützung der Konservativen zum erstenmal im Reichstag zur Verhandlung. Es war ein ausgearbeitetes Gesetz, das alle unsre wichtigsten Forderungen enthielt. Es wurde von Fritsche begründet und von Bebel verteidigt, blieb aber unerledigt. Immerhin veranlaßten die Arbeitervertreter als unbequeme Mahner die Regierung zu Erhebungen, die für das nächste Jahr wenigstens zu einigen bescheidenen gesetzlichen Maßnahmen führten. In der nächsten Zeit spielte sich das Zentrum wiederholt als Partei der Arbeiter-

freundlichkeit auf. Es wußte, daß der damals noch allmächtige Bismarck alle Beschlüsse des Reichstages im Bundesrat würde abweisen lassen. Seit das Zentrum mächtig, ja die ausschlaggebende Partei im Reichstage ist, ist es in dieser Beziehung viel zurückhaltender geworden.

Mitten in der Wahlbewegung der neunziger Jahre fielen die kaiserlichen Erlasse. Da glaubten manche noch nicht so im Klassenbewußtsein gefestigte Proletarier, jetzt werde das goldene Zeitalter für die Arbeit anbrechen. War doch versprochen, daß die Regierung die Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter schützen, ihnen Gleichberechtigung gewähren werde. Den Arbeiterinnen wurde der — elfstündige Arbeitstag gegeben, das war alles. Und durch die geringen Strafen für seine Uebertretung reizt man noch heute stillschweigend zu seiner Uebertretung an. Es folgten 1896 einige Schutzbestimmungen für die Konfektion, die in neuerer Zeit auf die Werkstätten der Putzindustrie und Wäschefabrikation ausgedehnt worden sind. Jetzt verlangen wir als Etappe auf dem Wege zum Achtstundentag für alle Arbeiter die Herabsetzung des Arbeitstages für alle weiblichen Arbeiter, nicht aber wie das Zentrum, das stets durch seine Anträge dem Fortschritt hemmend im Wege steht, nur für die verheirateten Frauen.

Am 4. Februar 1897 wurde bereits im Reichstag der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages verhandelt und nach dreitägiger Debatte abgelehnt. Die Regierung schwieg, wohl um es weder mit den Arbeitern noch mit den Unternehmern zu verderben. Unter den wunderlichsten Gründen lehnten die Parteien unsern Antrag ab. So begründete die freisinnige Partei ihr Nein mit der Behauptung, daß die Folge des Achtstundentages Arbeitslosigkeit und Vermehrung der Frauenarbeit sein würde. Die Konservativen ließen durch den Junker v. Puttkamer erklären, solche Anträge bedeuteten eine Förderung der Revolution, und jeder gesetzliche Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrages sei eine Konfiskation des Eigentumes. (Hört! hört!) Freiherr v. Heyl verwies für die Nationalliberalen auf die „kolossale“ Belastung der Industrie durch die sozialpolitischen Gesetze und behauptete, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit nur eine Vermehrung der Völlerei in den Arbeiterkreisen bedeuten würde. Dumm und brutal wie immer meinte Freiherr v. Stumm, daß ein höherer Verdienst der Männer bloß die Arbeiterfrauen zu größerer Putzsucht verführen würde. (Heiterkeit.) Seinen Ausführungen nach sollte man weiter glauben, die Arbeiter äßen nur aus Bosheit kein Fleisch, damit ihre Lage recht traurig erschiene. (Heiterkeit.) Das zweideutige Verhalten des Zentrums mit Herrn Hitze an der Spitze brachte es schließlich dahin, daß die Achtstundentag-Frage auf dem Wege einer Enquete über den sanitären Maximalarbeitstag auf die lange Bank geschoben wurde. Auch in den folgenden Sessionen kam nichts heraus: Die Herren handelten nach dem Worte: Bereichert Euch! (Sehr richtig!) Schließlich, als durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Arbeitszeit in 90 Proz. der Betriebe auf 10 Stunden herabgebracht war, fühlte sich die Regierung doch veranlaßt, durch die Gewerbe-Inspektoren eine Enquete veranstalten zu lassen, ob die Durchführung der gesetzlichen zehnstündigen Arbeitszeit und der zeitigere Sonnabendschluß für die Arbeiterinnen sich ermöglichen lasse. Auch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lag vor, der die Einführung des Zehnstundentages und die in bestimmten Perioden vorgesehene weitere Verkürzung desselben bis zum Achtstundentage forderte. Nach meiner Auffassung sind die vorgesehenen Fristen für die allmähliche Verkürzung des Arbeitstags bis auf 8 Stunden zu lang. Wir brauchen nicht so maßvoll zu sein. So viel Rücksicht brauchte man auf das Unternehmertum nicht zu nehmen. Die Erörterung des Antrages wurde auf den Herbst verschoben.

Für uns ist die Forderung des Zehnstundentages ja nur eine Etappe. Die starke Vermehrung unsrer Fraktion bei den letzten Wahlen hat die andern

Fraktionen veranlaßt, ihrerseits in Arbeiterfreundlichkeit zu machen. Sie haben in Sachen des Arbeitstages und des Arbeiterschutzes Anträge bezw. Resolutionen eingebracht. Warten wir ab, ob es ihnen ernst damit ist, oder ob nur die Anträge unsrer Fraktion durchkreuzt werden sollen. So fordert das Zentrum den Neunstundentag für verheiratete Arbeiterinnen, die Nationalliberalen fordern das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause. Auch die Thronrede enthielt diesmal wieder sozialpolitische Versprechungen. Von der Sorge für die Bedürftigen ist die Rede darin. Da erinnern wir uns an das schöne Wort: Die Existenz des Arbeiters ist bis ins späte Alter gesichert und geschützt.

Wir wissen alle, daß wir uns nicht zu verlassen haben auf Versprechungen, mögen sie von der höchsten Stelle, mögen sie von den gegnerischen Parteien kommen. Verlassen kann die Arbeiterschaft sich nur auf sich selbst. Nur soweit sie Furcht einflößt, werden ihre Forderungen bewilligt. Es muß unsre Aufgabe sein, für die Verkürzung der Arbeitszeit eine öffentliche, intensive Agitation zu entfalten, viel kräftiger, als bisher. Die Parteizeitungen müssen noch ganz anders, als bisher, diese Forderung in den Vordergrund schieben. Jede Verkürzung der Arbeitszeit bringt uns unmittelbaren Nutzen. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß auf alle Arbeiterkategorien ausgedehnt werden, seien sie in der Groß- oder in der Kleinindustrie tätig. Kann die Kleinindustrie dabei nicht bestehen, so mag sie zugrunde gehen. Am höchsten steht das Leben und die Gesundheit der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Niemann**-Stralsund tritt für die Einführung des Zehnstundentages in der Hausindustrie ein und berichtet von den schlechten Löhnen, die die Arbeiterinnen der Stralsunder Spielkartenfabrik erhalten. 20jährige Arbeiterinnen erhalten einen Lohn von 4 Mark bis 4,50 Mark. Der Höchstlohn beträgt 10—12 Mark. Natürlich ist es sehr schwer, diese Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Trotzdem werde ich, gestützt auf das, was ich auf dieser Konferenz gelernt habe, mit frischer Kraft an die Arbeit gehen. (Bravo!)

Auf Vorschlag von Frau **Kähler**-Dresden wird von einer weiteren Diskussion über das Referat mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit Abstand genommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: **Die Schulfrage.**

Referentin ist: Frau **Klara Zetkin.** Wenngleich die Genossinnen die Schulfrage auf die Tagesordnung stellten, so waren sie sich doch wohl bewußt, daß in der kurzen Zeit, welche der Konferenz zur Verfügung steht, es unmöglich ist, die Schulfrage ihrer Bedeutung gemäß eingehend nach allen Seiten hin zu behandeln. Wenn trotzdem ihre Behandlung beschlossen wurde, so war e i n Grund dafür bestimmend. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Schulfrage, die Bildungsfrage von höchster Bedeutung für die proletarische Frauenbewegung ist, weil die Schulfrage eine hervorragende Rolle im Leben der Millionen von Proletarierinnen spielt, an die unsere Agitation sich wendet. Das ist in ergreifender Weise auch hier zum Ausdruck gekommen in dem Schrei nach höherer Bildung, die aus dem Munde aller Rednerinnen erklungen ist. Sie alle empfinden es aufs schmerzlichste, daß die unvollkommene Volksschulbildung ihnen nicht erlaubt hat, reichere Schätze des Wissens, eine höhere und tiefere persönliche Entwicklung in den Dienst des proletarischen Befreiungskampfes stellen zu können. Es gibt andrerseits kaum eine proletarische Mutter, die nicht damit rechnet, daß sie ihre Kinder derselben mangelhaften und unvollkommenen Volksschule anvertrauen muß, unter deren Gebrechen sie selbst gelitten hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Frage der Volksschule ist also ein wichtiger Punkt, an dem unsere Agitation unter dem weiblichen Proletariat einsetzen kann. Hier können wir, gestützt auf Tatsachen, dem weiblichen Proletariat die Verbrechen der kapitalistischen Ordnung vor Augen führen. Es handelt sich dabei nicht nur um Sünden, die im kapitalistischen System liegen, nein, auch um besondere Tat- und Unter-

lassungssünden, mit denen die bürgerliche Gesellschaft die Grundübel noch verschärft und verschlimmert. Gerade die Schulfrage eignet sich ausgezeichnet dazu, die ganze kulturelle Ueberlegenheit der sozialistischen Weltanschauung, der sozialistischen Aktion aufzuweisen, jedem klar zu machen, daß das sozialistische Weltproletariat die Weltbühne betreten hat, nicht nur um die Magenfrage, vielmehr um die Kulturfrage in ihrem tiefsten Kern zugunsten der Allgemeinheit zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind ferner der Ansicht, daß ein künftiger Parteitag, nicht dieser überlastete, nach eingehender Erörterung der Schulfrage in Presse und Versammlungen zu dieser Stellung nehmen muß. Dies aber nicht nur von den entsprechenden Forderungen unseres Minimalprogramms ausgehend, sondern auf Grund unserer gesamten Weltauffassung. Durch unsere heutige Erörterung wollen wir die Genossinnen anregen und ausrüsten, an den vorbereitenden Debatten teilzunehmen.

Die Volksschulfrage ist die nationale Erziehungsfrage. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist einmal begründet in der Entwicklung der Pädagogik als Wissenschaft. Je mehr sie sich in den ganzen Komplex der Probleme der Schulfrage vertieft hat, um so mehr hat sie erkannt, daß es sich in der Schule nicht nur um Einpauken einer gewissen Summe von Kenntnissen, um Erzielung bestimmter Fertigkeiten, um bloßen Geistesdrill handelt, sondern um einen Erziehungsdrill, welcher den ganzen Menschen erfassen und alle Seiten seines Wesens zur Entfaltung, zur Blüte und Reife bringen soll. Andrerseits setzt die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung die Eltern immer mehr außerstande, allein im Heim die Kinder zu erziehen, ja auch nur einen tiefgehenden Einfluß auf ihre Entwicklung auszuüben. Das gilt nicht nur für die ausgebeuteten Massen, sondern auch für die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung. Im Proletariat erscheinen nur auch die betreffenden Verhältnisse auf die Spitze getrieben, weil hier das Notleiden der Erziehung die schärfsten, sichtbarsten Formen annimmt. Aber die geschichtliche Entwicklung hat die Tendenz, den Anteil der Eltern überhaupt an der Erziehung der Kinder einzuschränken und gesellschaftlichen Einrichtungen einen breiteren, steigenden Anteil an derselben zu überweisen. Gleichviel ob Eltern heut Ambos sein müssen oder Hammer sein können: ihr Anteil an der Erziehung ihrer Kinder geht zurück, weil auch in den besser situierten Klassen der Kampf ums Dasein, rücksichtslos, schonungslos entfesselt, den größten, den besten Teil der Kräfte des Einzelnen aufsaugt. Für die Erziehung der Kinder bleiben davon nur die Brosamen übrig, welche das kapitalistische Getriebe des Lebens mit seinem Um und Auf vom Tische fallen läßt. Damit ist die Schulfrage auch für die Praxis wie für die Wissenschaft immer mehr zur Erziehungsfrage geworden.

Die Volksschulfrage ist mithin die Erziehungsfrage der gesamten Nation, oder sollte es wenigstens sein. Wir Sozialdemokraten aber müssen erst recht diese Frage so auffassen, denn wir stehen auf dem Boden der gesellschaftlichen und naturwissenschaftlichen Entwicklungslehre, auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und der darwinistischen Theorie. Wie wir den gesellschaftlichen Organismus nicht als das Produkt eines Schöpferwillens bewerten, wie wir die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht als etwas Festes, Gegebenes, ewig Unwandelbares betrachten, wie wir sie begreifen in ihrem Keimen, Wachsen, Reifen, Welken und Vergehen: also erfassen wir auch den menschlichen Organismus im Flusse der Entwicklung, unter dem Einflusse der Entwicklung. Nicht der vorbestimmende Wille eines Schöpfers, einer Vorsehung entscheidet darüber, was die einzelne Person werden, welches Ziel ihre Entwicklung erreichen soll. Vererbung und Milieu sind ausschlaggebend dafür. Jeder bringt eine Summe körperlicher, geistiger, sittlicher Anlagen mit zur Welt. Wie sich diese entwickeln, darauf ist das Milieu, die Umwelt von größtem Einfluß, in welcher der Mensch

aufwächst und sich betätigt. Das gesamte Milieu schafft für jeden Menschen bestimmte Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir fassen das Kind als ein bildsames, entwicklungsfähiges Wesen auf, als einen weichen Thon, der sich kneten, bilden, gestalten läßt. Wir wissen, daß beim Gestalten, beim Erziehen die vererbten Anlagen und Eigenschaften ein entscheidungsschweres Wort mitsprechen, und daß die Erziehung nicht bloß beim Neugeborenen beginnen muß, vielmehr schon vor der Geburt des neuen Lebens. Im Rahmen dieses Referats ist es jedoch unmöglich, auf die in diesen Beziehungen vorliegenden Fragen und Verpflichtungen einzugehen. Es behandelt nur Entwicklungsbedingungen, welche die Schule allen Kindern der gesamten Nation bieten soll. Wir fassen dabei die Aufgabe der Schule im Sinne des großen Pädagogen Amos Comenius auf, der von ihr forderte: „Die allgemeine Bildung aller, die als Menschen geboren sind, zu allem, was menschlich ist." Die Schulfrage ist ein Teil des großen Erziehungsproblems, das gesamte materielle und geistig-sittliche Milieu bewußt und planmäßig unter Beobachtung der einschlägigen Entwicklungsgesetze derart zu gestalten, daß es die höchste und harmonische Entwicklung der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte des Kindes ermöglicht. Zu welchem Ziel? Wir erwarten darauf mit Richard Wagner, daß ihr Ziel „der starke Mensch, der schöne Mensch" sein soll, der Mensch, wie ihn Schiller an der Weltwende der Emanzipation der kontinentalen Bourgeoisie in visionärer Begeisterung geschaut und in seinem unsterblichen Gedicht „Die Künstler" gefeiert hat.

„Wie schön, o Mensch, mit Deinem Palmenzweige
Stehst Du an des Jahrhunderts Neige
In edler, stolzer Männlichkeit,
Mit aufgeschlossnem Sinn, mit Geistesfülle,
Voll milden Ernsts, in tatenreicher Stille,
Der reifste Sohn der Zeit."

Wenn wir an unsrem Ideal messen, was die bürgerliche Gesellschaft für die Bildung der großen Masse des Volkes tat, dann muß unser Urteil lauten: Gewogen und zu leicht befunden! (Lebhafter Beifall.) Betrachten wir, was die bürgerliche Gesellschaft für die Volksschule bietet, die doch das wichtigste, das hauptsächlichste Bildungs- und Erziehungsmittel für die werktätigen Massen ist.

Wie liegen da die Verhältnisse? In unseren Tagen ist die Volksschule Arme-Leuteschule. Auch auf dem Gebiete des Volksbildungswesens klafft der tiefe Gegensatz der Auffassung, der uns von der bürgerlichen Welt trennt. Wir sind der Auffassung, daß die Bildung, von der niedrigsten bis zur höchsten, Allgemeingut, Kulturgut ist, daß jedes Glied der Gemeinschaft unbeschränkten Anteil an diesem Gute hat, daß daher der Gesellschaft die Pflicht obliegt, alle Bildungsmöglichkeiten, die in ihr vorhanden sind, und deren Grundlage die Arbeit der ausgebeuteten Millionen ist, unbeschränkt allen Mitgliedern der Gesellschaft zu gute kommen zu lassen. Aber die bürgerliche Gesellschaft würdigt die Bildungsmöglichkeit zu Waren herab, die verkauft werden und gekauft werden müssen, wie alle anderen Waren auch. Sie hat die Männer der Wissenschaft aus reinen Erforschern und Verkündern der Wahrheit, der Wirklichkeit und ihrer Gesetze in betriebsame Händler mit wissenschaftlichen Werten oder Talmiwerten herabgewürdigt; die Künstler aus frei Schaffenden zu Sklaven der Mode und der Launen der Reichen. Genau so hat sie die Kultur erniedrigt zur Ware, die nur kaufen kann, wer Geld hat. (Sehr gut!) Wie unter der Herrschaft der indischen und ägyptischen Kasten, so ist heut die Bildung ein Monopol, und nicht Begabung und Bildung verleiht es, sondern nur das Geld, der Besitz. Nicht durch göttliches Gebot hält man die aufstrebenden Massen heut von der höheren Bildung fern, sondern durch etwas Härteres, was schwerer noch zu zertrümmern ist wie ein göttliches Gebot: Durch die hohen Kosten. Den Kindern wird nicht

nach Talent und Neigung die höhere Bildung zu teil, sondern nach der Vorsicht in der Wahl der Eltern. Darum haben wir auch kein einheitliches, organisch zusammenhängendes und gegliedertes Volksbildungswesen im Deutschen Reich. Wir haben Bildungsanstalten der verschiedensten Art und sehen dieselben geteilt in billige und schlechte für die Kinder des werktätigen Volkes, und solche, die besser und teurer sind und deshalb den werktätigen Massen verschlossen bleiben.

Im Deutschen Reiche gab es 1892 nach der Schulstatistik 59 300 Volksschulen für 8 660 000 Schüler und Schülerinnen. Für diese werden im ganzen 341 700 000 Mark aufgewendet, davon 243 Millionen von den Gemeinden und Unterhaltungspflichtigen der Kinder. Die Bundesstaaten steuerten nicht ganz 99 Millionen bei. Vergleichen Sie das mit den 1018 Millionen, die wir im letzten Jahre für Heer und Marine ausgaben, so haben wir die Barbarei und Schmach unsres heutigen Volksschulwesens vor Augen. (Sehr richtig!) Ja, wir sind sehr arm, wenn es sich um Ausgaben für die Ausbildung der Fähigkeiten der Menschen handelt. Aber wir sind sehr reich, wir können jährlich über eine Milliarde verpulvern und ins Wasser werfen, wenn es sich darum handelt, die Kunst der Menschenvernichtung im großen zu lehren. Einige Vergleiche machen den Armeleutecharakter der Volksschule noch deutlicher. Für Bildungszwecke im allgemeinen wurden 1879 im Deutschen Reiche durchschnittlich aufgewendet pro Volksschüler knapp 40 Mark, dagegen pro Schüler höherer Schulen 243 Mark. Im letzten Jahr gab es 8 924 779 Volksschüler, die von einem Lehrkörper von 124 027 Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet wurden. Auf eine Lehrkraft kamen durchschnittlich 61 Schüler. Vergleichen wir das mit den „Lehrern" in der Armee. Einem Offizierkorps von 24 374 und einem Unteroffiziersperfonal von 81 958 Mann, insgesamt 106 332 Personen, stehen 495 500 Gemeine gegenüber. Schon auf 4,6 Gemeine kommt einer dieser militärischen „Lehrer". (Heiterkeit. Zuruf: Wenn es wenigstens Lehrer wären! — Erneute Heiterkeit.) Ja, es sind auch Leerer, mit ee, weil sie die Taschen der Steuerzahler leeren. Das hervorgehobene Verhältnis betreffs der Aufwendungen für die Armeleuteschule und die bessere Schule finden wir in den einzelnen Bundesstaaten, in den Gemeinden. In Baden z. B. beträgt die Leistung des Staats für Gymnasien, Mittelschulen und höhere Töchterschulen pro Kopf 7,27 Mark, für Volksschulen pro Kopf 1,60 Mark. (Hört! hört!). Dasselbe Bild zeigt das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schülerzahl. Ich gebe ebenfalls die Zahlen für Baden. An 16 Gymnasien mit 4959 Schülern unterrichteten 354 Lehrkräfte, auf 14 Schüler kam ein Lehrer. An 39 Mittelschulen mit 9765 Schülern unterrichten 652 Lehrkräfte, auf 17,32 Schüler kommt ein Lehrer. An 7 höheren Mädchenschulen mit 2693 Schülerinnen unterrichten 178 Lehrkräfte, 15 höhere Töchter haben also einen Lehrer. 30 Bürger- und Mittelmädchenschulen (höhere Volksschulen) 6462 Schüler, 206 Lehrer; also 31,36 Schüler pro Lehrer. 11 Volksschulen mit erweitertem Lehrplan in größeren Städten haben 35 113 Schüler, 696 Lehrer und 50,95 Schüler für jeden Lehrer. Und nun gar die 1570 Volksschulen der andren Gemeinden! Sie haben 238 845 Schüler und 3250 Lehrkräfte; es kommen hier 73,49 Schüler auf jede Lehrkraft.

Preußen ist dank der Junkerherrschaft, des Dreiklassenparlaments der reinste Typus bürgerlicher Unkultur, das zeigt sich auch in seinen Volksschulverhältnissen. 1901 wurden verausgabt für Volksschulunterhaltungskosten insgesamt 269 942 375 Mark. Die östlichen Provinzen trugen dazu bei pro Kopf der Bevölkerung 6 Mark durchschnittlich, die westlichen 9 Mark, Berlin mehr als 10 Mark, Koblenz über 12 Mark. Aber die Zuschüsse des Staats wandern nicht dorthin, wo die Aufwendungen am größten sind, sie gehen dorthin, wo die Großgrundbesitzer einen kleinen Teil der Schullasten tragen oder wenigstens tragen sollten. So entziehen sich die „Besten und Edelsten" ihrer Verpflichtung, zu den Schullasten beizutragen, so gut wie vollständig. Im Osten trägt der

Staat fast die Hälfte der Schullasten, 46,71 Prozent, im Westen viel weniger, 19,38 Prozent. Das Minimum des staatlichen Zuschusses im Westen entfällt auf Berlin mit 3 Prozent; das Minimum beträgt in den östlichen Provinzen über 29 Prozent, es steigt hier bis auf ein Maximum von über 58 Prozent. Das aber nicht zur Förderung des Volksschulwesens, sondern zur Entlastung der Grundbesitzer. Selbst ein harmloses bürgerliches Organ, die „Soziale Praxis“ hat diese Zustände an den Pranger geschlagen. Es schrieb: „In den östlichen Provinzen sind auf dem platten Lande die staatlichen Zuschüsse schon heute viel größer als die Aufwendungen für die Lehrerbesoldungen, und die Patrone beziehen für die meist gar nicht zu leistenden subsidiarischen Verpflichtungen aus der Staatskasse Entschädigungen von beträchtlicher Höhe. Wenn der Staat in den eigentlichen Großgrundbesitzerdistrikten die Schule auf eigene Rechnung übernähme, so dürfte er noch Ersparnisse machen.“ (Vielfaches Hört! hört!) Aber nicht nur betreffs der Dotierung ist die Volksschule das Aschenbrödel unter den Schulen, die herrschenden und regierenden Klassen brauchen und mißbrauchen sie auch, um durch engherzigen religiösen Dogmenunterricht, durch gefälschten Unterricht in der Geschichte und den Naturwissenschaften den Geist der Kinder des Volks zu vergiften.

An die Spitze unsrer Reformforderungen zugunsten der Volksschule stellen wir die Forderung nach Einheitlichkeit und Unentgeltlichkeit des Schulwesens, vom Kindergarten bis zur Hochschule. Grundlage muß die obligatorische einheitliche Elementarschule sein, die alle Kinder ohne Unterschied der Klasse und des Geldbeutels der Eltern besuchen müssen. Dort sollen die Kinder eine so tüchtige geistige Entwicklung erhalten, so reich mit Wissen, mit allgemeiner Bildung ausgestattet werden, daß sie zur Zeit der Berufswahl wohl ausgerüstet ins Leben treten und zu ihrer Weiterbildung nur noch die allgemeine Fortbildungsschule zu besuchen brauchen, die obligatorisch für alle ist, welche nicht zu ihrer Ausbildung in die Mittelschulen übertreten. An die einheitliche Elementarschule gliedert sich die Mittelschule an, welche für den Besuch in die höheren und höchsten Schulanstalten vorbereitet, in welche die Schüler und Schülerinnen nach Begabung und Neigung eintreten können. In pädagogische Streitfragen über die Altersgrenze für Elementar- und Mittelschule usw. will ich nicht eintreten. Je nach der Natur der Berufsbildung, welche die Mittelschulen vorbereiten sollen, bestimmt mit die Art und Verteilung des Unterrichtsstoffes, liegt das Schwergewicht auf technischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Fächern. Natürlich müssen alle diese Bildungsanstalten unentgeltlich sein. Wenn jedes Kind sich nur in der Volksschule elementare Bildung holen kann, gewinnen auch die herrschenden Klassen Interesse an der allseitigen Hebung der Volksschule; sie gewinnen ein Interesse daran, einzutreten für höhere Aufwendungen zu ihrer Ausgestaltung, für Einführung besserer Unterrichtsmethoden, gegen die Verfälschung das Wissensstoffes usw. Erst wenn das Kind des arbeitenden Mannes neben dem des reichen Fabrikanten in der Einheitsschule sitzt, wenn die Bourgeoisie ihr Fleisch und Blut in diese schicken muß, wird sie für Reform der mangelhaften, lückenhaften Volksbildung zu haben sein. (Sehr richtig.) Allzuviel verspreche ich mir übrigens auch von der Einheitsschule nicht. Solange die jetzige Wirtschaftsordnung bestehen bleibt, können die Reichen für ihre Kinder den Elementarunterricht durch Privatunterricht ergänzen lassen. Damit will ich nur vor der Ueberschätzung der Einheitsschule warnen, wie sie bei bürgerlichen Sozialreformern und Pädagogen vielfach gang und gäbe ist.

Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts soll, wie die Gegner sagen, ein Eingriff in die heiligsten Elternrechte sein, die sittlichen Grundlagen des Familienlebens zerstören. Nichts davon; sie ist eine materielle Notwendigkeit, sie ist eine kulturelle Notwendigkeit, sie ist eine primitive sittliche Pflicht der Gesellschaft, die auf dem robusten Unterbau der Leistungen der werktätigen Bevölkerung ruht.

Hier erst wird den Kindern des Volks die Möglichkeit zur Aneignung, zum Schauen, zur Vermehrung der höheren Kulturgüter gegeben. Der begabte Sohn des Volks, den glühender Bildungsdrang vorwärts treibt auf dem steilen Pfad zum Bildungsparadies, vor das die besitzenden Klassen den Cherubin mit flammendem Schwert gestellt haben, soll nicht auf dem so dornigen und steinigen Weg der Gnade, des Stipendienwesens aufsteigen müssen. Denn die Stipendien werden nur einer kleinen Zahl und nicht immer den Begabtesten und Würdigsten zu teil. Denn das Almosennehmen tötet Fähigkeiten, begünstigt äußern Drill, verdirbt den Charakter, schafft feile Knechte, Sklavengeister statt freie Denker. In letzter Stunde dient er dem Zweck, gehorsame, geistige Schildknappen der bürgerlichen Gesellschaft heranzubilden. (Sehr wahr!) In Frankreich, Nordamerika, der Schweiz, in Preußen und vielen süddeutschen Städten ist wenigstens der Volksschulunterricht bereits unentgeltlich.

Ebenso unentgeltlich wie der Unterricht müssen die Lehr- und Lernmittel sein. Nicht auf dem Gnadenwege, auf besonderes Nachsuchen, aus spärlichen Fonds sollen die Mittel gewährt werden, sondern jeder Schüler soll sie von Rechts wegen erhalten, wie der Soldat das Gewehr und die Uniform erhält. Zur Unentgeltlichkeit der Lehrmittel muß die Schulspeisung treten, die Pflicht der Gesellschaft, aus öffentlichen Mitteln für den Unterhalt der Zöglinge ihrer Schul- und Bildungsanstalten zu sorgen. Sonst ist es den Kindern des Volks unmöglich, die erschlossenen Bildungsmittel völlig auszunützen. Die proletarische Familie ist in der Mehrzahl der Fälle außerstande, die Kinder bis zum 20. oder 24. Lebensjahr zu unterhalten. Hinaus zur Erwerbsarbeit heißt es für viele kleine Proletarier noch vor dem Ende des heutigen Volksschulunterrichts. In Großstädten des Auslandes, wie London, Stockholm, Amsterdam und sodann noch in Frankreich und den Vereinigten Staaten, in vielen Gemeinden des Kantons Zürich, und selbst in Deutschland, in Braunschweig und Fürth erhalten die Volksschüler unentgeltlich die Lernmittel. Seltner gibt man den Kindern zum Brot des Geistes auch das Brot des Leibes. Ansätze dazu sind die Schulkantinen, die nicht mit den Mitteln des Klingelbeutels, nicht aus mildtätigen Stiftungen oder von Wohltätigkeitsvereinen erhalten werden, sondern aus öffentlichen Mitteln.

Eine andre grundlegende Forderung unsrerseits ist die der vollen Weltlichkeit der Schule. Hinaus mit der Religion aus der Schule. (Bravo!) Sie hat in der Schule nichts zu suchen, nichts aus ethischen, nichts aus pädagogischen Gründen. Der Religionsunterricht trägt vor allem das Brandmal der Aufgabe, welche die herrschenden Klassen ihm zuweisen. Er soll nicht das religiöse Empfinden fördern, er soll die wirtschaftliche und soziale Sklaverei der arbeitenden Klassen aufrecht erhalten. (Sehr richtig!) Er dient nicht der Pflege religiösen Empfindens, sondern dem mechanischen Einbläuen von Dogmenformeln, die im schreiendsten Widerspruch zu den Ergebnissen der Wissenschaft und zur Wirklichkeit stehen. Damit ist er unsittlich. Der Religionsunterricht in der Volksschule ist nicht in erster Linie ethisch, sondern dogmatisch, er vergiftet die Volksschule. (Sehr richtig!) Ein Unterricht, der statt den Kindern die Wahrheit zu zeigen und sie auf den Weg wissenschaftlicher Erkenntnis zu weisen, ihnen toten Formelkram einbläut, der in längst vergangenen Zeiten geschmiedet worden ist als Kette für den Geist, dieser Unterricht ist als unsittlich gebrandmarkt. Zudem steht der Religionsunterricht in der Volksschule im Banne der engherzigsten Konfessionalität und erzieht nicht zur Achtung, zur Duldsamkeit gegenüber anderen Ueberzeugungen, sondern reizt dazu an, in jedem Andersgläubigen den Ketzer, sei er einer der Gescheitelten oder Geschorenen, zu sehen und zu verachten. Auch vom pädagogischen Standpunkt aus verlangen wir Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule. Kein andrer Gegenstand wird so sehr im Widerspruch mit den elementarsten Forderungen der Pädagogik unter-

richtet. Der Religionsunterricht fördert das Denken nicht und regt es nicht an, sondern ertötet es, weil an Stelle des Suchens und Forschens der Glaube an das Wort gesetzt wird, weil das Gedächtnis mit totem Ballast beschwert und die Lust am Lernen dadurch verkümmert, das Gedächtnis auf Kosten des Denkens entwickelt wird. Die Regulative für die preußische Volksschule verlangt 180 Bibelsprüche. Man hat sich jetzt dahin geeinigt, „nur" 110 Sprüche aus dem neuen, 20—40 Sprüche aus dem alten und 20 Gesangbuchslieder lernen zu lassen. In Sachsen ist man selbstverständlich frömmer. (Große Heiterkeit.) Da verlangt man das Auswendiglernen der 5 Hauptstücke nach Luthers kleinem Katechismus, ferner 168 Gesangbuchverse, 150 Bibelsprüche, 35 Choralmelodien und den wesentlichen Inhalt von 140 biblischen Geschichten. Schon vom pädagogischen Standpunkt aus rechtfertigt sich die Forderung: Heraus mit der Religion aus der Volksschule! Diese Forderung ist in Frankreich und den Niederlanden bereits verwirklicht, in den Vereinigten Staaten und der Schweiz, im bibelfesten England, dem frommen Italien und dem klerikalen Belgien dürfen die Kinder nicht zwangsweise in der Religion unterrichtet werden.

Ethischer Unterricht ist auch ohne Verquickung mit dem Religionsunterricht möglich. Geschichte und Erfahrung beweisen, daß Religion und Ethik verbunden sein könne, aber nicht untrennbar miteinander verbunden sind. Wir haben viel Religion zusammen mit wenig Ethik gehabt und haben das auch heute herzlich oft. Der Moralunterricht muß durch den Unterricht in Gesetzeskunde und Bürgerkunde ergänzt werden. Der Religionsunterricht soll Privatangelegenheit jedes Elternpaares bleiben. Die Gesellschaft ist nur verpflichtet, die Kinder tüchtig zu machen in dem, was sie für das diesseitige Leben gebrauchen. Für das Jenseits zu sorgen, soll Privatsache der Eltern sein. Charakteristisch ist die Haltung der bürgerlichen Liberalen gegenüber den reaktionären Vorstößen zur Verpfaffung der Volksschule. Die Tinte des Kompromisses ist kaum trocken, mit der sich die Liberalen mit Konservativen und Klerikalen über die weitere Verpfaffung der Volksschule geeinigt haben. Dazu eine Tatsache, die mir fast noch schimpflicher erscheint. Die Jung-Liberalen haben auf ihrer Tagung in Leipzig in den Richtungslinien zur Volksschulfrage beschlossen, daß dem Religionsunterricht im Lehrplan der gebührende Raum gewährt werden muß. (Heiterkeit.) Schon daraus sehen Sie, daß die Jung-Liberalen die geborenen Mummelgreise sind. (Große Heiterkeit und Beifall.) Die Liberalen erheben nicht mehr die Forderung, von deren Durchführung auch sie einst in Jugendfrische geträumt: Hinweg mit der Religion aus der Volksschule. Aus Furcht vor dem Sozialismus suchen sie das Proletariat mit Vertröstungen auf das Jenseits vom Befreiungskampfe im Diesseits abzuhalten. Dazu kommt noch ein andres. Die Bourgeoisie ist in Weltuntergangsstimmung, und aus ihrem Katzenjammer flüchtet sie in den religiösen Mystizismus. Daher der überragende Einfluß, den dieser in der modernen Literatur und Kunst gewinnt.

Ueber der Weltlichkeit der Schule fordern wir eine vollständige, gründliche Reform des Unterrichts in allen Fächern, vor allem in der Geschichte, im Deutschen, in der Naturwissenschaft. Diese Fächer müssen die gebührende Bedeutung im Unterrichtsplan gewinnen, sie müssen nach den besten Methoden unterrichtet werden, sie müssen in Uebereinstimmung mit der wissenschaftlichen Forschung Kenntnisse vermitteln, die geistige Entwicklung fördern. Der Geschichtsunterricht muß vom Bann des Mordspatriotismus erlöst werden, der naturwissenschaftliche Unterricht vom Banne der biblischen Legenden, des kirchlichen Dogmas. Der erstere soll in das soziale, der letztere in das natürliche Leben einführen, auch in das des Menschen.

Eine andre grundlegende Forderung ist die Einführung des Arbeitsunterrichts in den Schulplan. Das ist bedeutsam, weil wir uns mit äußerster Energie gegen die ausgebeutete Kinderarbeit auflehnen. Wir sind überzeugt,

daß die freie Arbeit von hohem sittlichen und pädagogischen Wert ist. Wir wollen die verhängnisvolle Spaltung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten aufheben; wir wollen die Gesellschaft umwandeln in eine Ordnung von freien Arbeitern bei materiellem und geistigem Schaffen; wir wollen den Kindern alle Bildungsmöglichkeiten der Gesellschaft erschließen. Darum aber muß auch der Arbeitsunterricht im reformierten Schulplan den ihm zukommenden Platz erhalten. Er knüpft an an den Anschauungsunterricht, vollendet, verinnerlicht ihn, führt in die innere Natur der Gegenstände und Vorgänge ein, entwickelt und schärft die Sinne, erhöht die Handfertigkeit, stählt die Muskeln, macht körperlich gewandt, regt das selbständige Denken an, konzentriert den Willen auf eine Leistung und beflügelt den schöpferischen Trieb, der in jedem Kinde schlummert. Der Arbeitsunterricht wird dadurch spätere technische Erfindungen und Verbesserungen anregen und vorbereiten, die Arbeiter auf irgend einem Gebiet zu denkenden, schöpferisch tätigen Menschen heranziehen. Von großem Einfluß wird er auch darauf sein, das künstlerische Empfinden und Gestaltungsvermögen zu heben, so daß auch die fabrikmäßige Produktion in dieser Beziehung eine höhere Stufe erreicht. So gibt der Arbeitsunterricht Freude an schöpferischer Arbeit, lehrt Ehre und Würde der Arbeit. Durch ihn wird ferner verhindert, daß die Kinder in Stimmung von Staatspensionären hineinwachsen. Er erzieht sie zum Bewußtsein ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft, das, was sie an Bildung und Kultur empfangen haben, als frei schaffende Menschen mit Zins und Zinseszins zurückzuerstatten.

Wir fordern ferner den gemeinsamen Unterricht und die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. Am Unterricht selbst wie an der Schulverwaltung sollen Frauen und Männer gleichberechtigt beteiligt sein nach ihren persönlichen Fähigkeiten. Diesen entsprechend sollen auch Frauen mit den höchsten Lehrämtern und den höchsten Posten der Verwaltung betraut werden. Der gemeinsame Unterricht und die Gleichberechtigung von Frau und Mann auf dem Gebiete des Unterrichts, der Erziehung ist eine bedeutsame Notwendigkeit und trägt dazu bei, das Ungesunde, Gekünstelte, Ueberreizte in den Beziehungen der Geschlechter zu einander zu beseitigen, das sich besonders in der Zeit der Pubertät bemerkbar macht.

Die Absperrung der Geschlechter von einander, die lügenvolle Geheimnistuerei und Unwissenheit in sexuellen Fragen, in der sie aufwachsen, ist mit Schuld an dem ungesunden Stand der Dinge heute und ihren bösen Folgen. Die Verwirklichung unsrer Forderungen schafft vorzügliche Schutzwälle gegen leibliche und geistige Verirrungen und krankhafte Zustände der jungen Mädchen, gegen die mancherlei Gefahren und Verirrungen, die an den jungen Mann infolge der überlieferten zweifachen Moral herantreten. Es gibt keine besseren Schutzwehren gegen diese Gefahren, als wenn der Knabe am Mädchen sich an den guten Kamerad gewöhnt, als wenn der junge Mann in der heranwachsenden Jungfrau die Mitstrebende schätzt und achtet, und wenn er sich neben einer klugen, treuen Mutter einer verehrten Lehrerin erinnert, die ihm auf manchem Pfade des Wissens als Führerin vorangeschritten ist. Ein andrer Grundwert kommt für unsre Forderung in Betracht. Je mehr die Frau als gleichberechtigt hinaus ins Leben tritt und Gelegenheit hat, ihre Persönlichkeit zu entfalten, um so mehr wird sich ihre weibliche Eigenart entwickeln. Die Emanzipation der Frau führt nicht zu dem Resultat, das schreckhafte Philister vorausgesagt haben: zum Verwischen des psychischen weiblichen Wesens. Nicht zu einer grotesken Kopie, nicht zu einem Affen des Mannes wird sich die von sozialen Schranken befreite Frau entwickeln, sondern gerade ihre weibliche Eigenart wird frei erblühen. Je weiter aber die Entwicklungslinien der Geschlechter auseinanderlaufen, um so wichtiger wird der gemeinsame Unterricht für das Verständnis, das harmonische Zusammenwirken der Geschlechter.

Ich will nun noch kurz auf die Notwendigkeit einiger weiterer Reformen hinweisen. Wir bedürfen ganz andrer Schulgebäude als jetzt. Das Elend der einschlägigen Verhältnisse auf dem Lande wurde gekennzeichnet durch den Prozeß über Trakehnen, 120 000 Mark wurden für den Gestütstall ausgegeben, die edlen Pferde fraßen aus Marmorkrippen, die 62 Schulkinder fanden dagegen im Schulzimmer keinen Raum und mußten zur Hälfte mit ihren Büchern am Fenster stehen. Ueber eine Million Kinder wird in Preußen in überfüllten Klassen unterrichtet. (Hört! hört!) Auch in Sachsen, Württemberg und Baden sind die Volksschulklassen überfüllt. Diese Ueberfüllung aber steht im Gegensatz zu der Forderung, daß die körperliche Gesundheit der Kinder in der Schule geschützt sei und gefördert werden soll. Die Schulhäuser sollen schöne, gesunde Gebäude sein. In den großen Städten liegen die Verhältnisse ja besser als auf dem Lande, aber zu wünschen bleibt auch hier genug übrig. In den großen Klassenzimmern herrscht häufig infolge der Ueberfüllung eine verpestete Luft, und unter der zusammengepferchten Schülerzahl ist die Verbreitung ansteckender Krankheiten leicht möglich. Auch der Forderung wird nur äußerst selten entsprochen, daß die Schulen inmitten großer Gärten liegen sollen. Turnplatz, Schulspielplatz und Schulgarten sind nötig im Interesse der gesunden körperlichen Entwicklung der Kinder, sollen aber auch im Dienste des Anschauungs- und Arbeitsunterrichts, der künstlerischen Erziehung, der Pflege des Gemütslebens stehen. Der aufgestellten Forderung schließt sich die auf Errichtung von Brausebädern und auf Anstellung von Schulärzten an. Erst 239 deutsche Schulärzte, im ganzen noch nicht 700, angestellt. Im kleinen Norwegen hat jede Schule ihren Schularzt, jede Mädchenschule ihre Schulärztin. Wir verlangen weiter, daß Lehr- und Lernmittel den Anforderungen der Hygiene entsprechen. So müßten z. B. die schlechtgedruckten Schulbücher, eine Ursache der Kurzsichtigkeit, verboten werden. Warum geschieht das nicht? Weil kapitalistische Interessen daran hängen, die mehr Schutz erfahren als die Augen unsrer Kinder.

Eine Hauptforderung auch im Interesse einer gründlichen Schulreform ist, daß die Stellung der Lehrer in jeder Hinsicht eine durchgreifende Verbesserung erfährt. Die Schulfrage ist zum großen Teil eine Lehrerfrage. Für die Volksschullehrer muß an Stelle der vielfach unzulänglichen, wissenschaftlich und sozial verfälschter Bildung in den Seminarien, auf denen die knöcherne Hand der Orthodoxie lastet, die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu harmonisch gereiften, starken Persönlichkeiten zu entwickeln, mild nach unten, steifnackig nach oben! (Lebhafter Beifall.)

Wir fordern weiter, daß eine größere Zahl von Lehrern angestellt wird. In Deutschland kommen im Durchschnitt 61 Schüler auf einen Lehrer. In Preußen beträgt die zulässige Maximalzahl der Schüler 70, in Sachsen 60. Diese Maximalzahl wird aber in einer sehr großen Zahl von Fällen ganz bedeutend überschritten. Das ist grober Unfug. In Schlesien waren 1899 für 14 507 katholische Klassen nur 10 828 Lehrer vorhanden; in 599 von 1116 katholischen Schulen Schlesiens kamen mehr als 80 Schüler auf einen Lehrer, in 252 mehr als 100, in 7 Klassen sogar 170 bis 200 Schüler. (Hört! hört!) In Sachsen unterrichtet ein Volksschullehrer im Durchschnitt 62,70 Schüler; im Bezirk Auerbach 80, im Bezirk Chemnitz Land 83,5. Diese große Ueberfüllung der Klassen aber bedeutet für den Lehrer die totale Unmöglichkeit, der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung des einzelnen Schülers die nötige Aufmerksamkeit zuschenken. Trotz des besten Willens kann er die individuelle Eigenart des Schülers nicht beachten. Für den Lehrer selbst bedeutet die Ueberfüllung der Klassen einen Raubbau an seiner Kraft, eine Ueberlastung — man bedenke, daß der Unterricht Vorbereitungs- und Nacharbeit nötig macht! —, der auf die Dauer kein Mensch gewachsen ist, am allerwenigsten der Volksschullehrer mit seinem kärglichen Gehalt. (Lebhafte Zustimmung.) 1894 teilte Minister Bosse im preußischen Ab-

geordnetenhaus mit, daß von 359 Lehrern in Westpreußen 200 nur 451—500 Mark Jahresgehalt bezögen (Pfui!). 1897 trat eine Gehaltsaufbesserung von 22 Prozent ein. Aber für die ständigen Lehrer Preußens beträgt das Grundgehalt trotzdem nur 900 Mark, für die nichtständigen Lehrer und Lehrerinnen sogar nur 720 Mark. In Ostpreußen aber beziehen 98 Prozent der Lehrer nur das Minimalgehalt. In Bayern, Württemberg, Sachsen und Braunschweig erhalten die Lehrer 1200 Mark Grundgehalt, immer noch wenig genug. Das niedrige Gehalt der Lehrer bedingt eine niedrige Lebenshaltung, die nicht im Entferntesten imstande ist, ein Äquivalent für verausgabte und zu verausgabende Kraft zu liefern. Die Folge ist für den Lehrer eine Minderung seiner geistigen und sittlichen Kraft, seiner Frische und Leistungsfähigkeit, eine Behinderung der Weiterbildung. Dieses niedrige Gehalt peitscht aber auch den Lehrer auf, sich Nebenverdienst zu suchen. (Lebhafte Zustimmung.) In den großen Städten übernehmen die Lehrer Kontor- und Schreibarbeiten, sie lesen Korrekturen oder sie quälen sich mit Privatunterricht die Seele aus dem Leibe heraus. (Lebhafte Zustimmung.) So haben wir sorgengepeinigte, abgehetzte Lehrer, die nicht die nötige Kraft und Freudigkeit für den hohen Beruf haben können, die Kinder des Volks zu harmonisch entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen. (Bravo!) Wollen wir eine bessere Volksschule, so müssen wir also auch die Besserstellung der Lehrer fordern. Wie gering wertet doch die bürgerliche Gesellschaft die höchste, die wichtigste aller Tätigkeit, die Veredelung und Erziehung des Menschengeschlechts. Vergleichen Sie nur einmal den Kurswert eines Volksschullehrers und eines Hauptmanns auf der bürgerlichen Heiratsbörse. (Große Heiterkeit.)

Wegen der vorgeschrittenen Zeit kann ich leider auf die sehr wichtige Seite nicht eingehen, wie die Volksschule durch Gestaltung des Schulgebäudes, Ausschmückung der Klassenzimmer, Beschaffenheit der Lehr- und Lernmittel und anschauliche Einführung in die Schönheiten der Natur und Kunst die künstlerischen Anlagen und Kräfte des Kindes entwickeln muß.

Vorbereitet muß die Volksschule werden durch die Kindergärten, überhaupt wird sie durch Einrichtungen aller Art, welche den Kindern vor und nach dem Unterricht liebevolle und verständige Aufsicht, Pflege, Erziehung gewähren, durch Einrichtungen, welche in der schulfreien Zeit, die Ferien inbegriffen, in methodischer, anständiger Weise für die Erziehung im weitesten Sinne sorgen. Die Errichtung der einschlägigen Anstalten würde ein hervorragendes Gebiet der Betätigung bisher mißbrauchter oder gar zur Untätigkeit verurteilter weiblicher Arbeitskraft schaffen, ein Gebiet, das sich eng an den häuslichen, mütterlichen Pflichtkreis der Frau anschließt, eine Erweiterung und Vertiefung bedeutet. Alle die vielen Frauen, denen Ehe oder Kindersegen versagt ist, alle, die Begabung und Neigung auf mütterliches Walten verweist, können sich hier zum Nutzen der Allgemeinheit, zur eigenen Befriedigung betätigen. All ihre mütterliche Liebe, Wärme, Einsicht, könnten sie da an den Kindern Anderer ausleben. (Lebhafter Beifall.) Es ist eine sittliche Pflicht der Gesellschaft, für die Betätigung aller im Weibe ruhenden Kräfte Raum zu schaffen. (Sehr richtig!)

Ich will hier abbrechen. (Ruf vom Tische der bürgerlichen Presse: Sehr gut.) Wir brechen ab, wenn wir es für gut finden, nicht wenn die Vertreter der bürgerlichen Presse sich gelangweilt fühlen. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Wir Frauen haben die Pflicht, im Kampfe um die Reform der Schule voranzugehen, durch welche die Erziehung in der Familie nicht überflüssig gemacht, sondern ergänzt werden soll. Wir brauchen für das heranwachsende Geschlecht die volle Wahrung, ja Vertiefung des elterlichen Einflusses. Elterliche Erziehung und öffentliche Erziehung lösen einander nicht ab, sondern vervollständigen sich. Wir können der elterlichen Erziehung im Heim nicht entraten, auf das die Kinder zu starken Persönlichkeiten von ungebrochener Eigenart erwachsen. Wir bedürfen der gemeinsamen Erziehung in öffentlichen Anstalten,

damit die Persönlichkeit nicht zum Individualitätsprotzen entarte, damit sie in brüderlicher Empfindung und Gesinnung mit allen, mit der Allgemeinheit verbunden bleibt und alles begreift, was sie ihr verdankt und was sie ihr schuldet. Wir Frauen sind vor allem berufen, im Kampfe für eine grundlegende Reform des Schul- und Erziehungswesens voranzugehen, weil wir Mütter sind und Mütter werden sollen. Wenn das Ziel der Erziehung sein soll, jeden Menschen zum Lebenskünstler im edelsten Sinne des Wortes zu bilden, zu einer Persönlichkeit, welche das Leben in seinem reichen Inhalt, seinem gewaltigen Umfange zu erfassen vermag, zu einer Persönlichkeit, durch welche, um mit Nietzsche zu reden, die Menschheit voraufgepflanzt wird, dann müssen wir unsre Kraft für diese hohe Aufgabe einsetzen. Wir, die wir das heranwachsende Geschlecht in unsrem Schoße tragen und es mit unsren Säften nähren; wir, die wir auf das heranwachsende Geschlecht die Entwicklung unsres Hirns, den stolzen, freien Schlag unsres Herzens übertragen; wir müssen in der ersten Reihe stehen, wenn es sich darum handelt, den Kindern die Möglichkeit zu erringen, zu Lebenskünstlern zu werden. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Vorsitzende Frau **Zietz**: Es ist nicht unsre Absicht, mit der Behandlung der Schulfrage dem Parteitage vorzugreifen. Deshalb hat Frau Zetkin auch unterlassen, uns eine Resolution zu unterbreiten. Nur die Richtlinien unsrer Anschauungen sollten hier vorgetragen werden, um den Genossinnen die fruchtbare Teilnahme an der Parteidiskussion über die Schulfrage zu ermöglichen. Aus diesen Gründen schlägt das Bureau vor, daß die Konferenz von einer Diskussion Abstand nimmt.

So wird beschlossen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist das **Vereins- und Versammlungsrecht.** Referentin ist

Frau **Zietz**-Hamburg: Zum drittenmal müssen wir uns mit dieser Frage auf unsern Konferenzen beschäftigen. Aber die reaktionäre Gestaltung und Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts macht die Frage immer aufs neue aktuell. Unsre Losung ist die alte: Hinweg mit allen Ausnahmebestimmungen gegen die Frau. Sie ist ein realer Faktor im Wirtschaftsleben geworden und hat Anspruch auf die gleichen Rechte wie der Mann. Bekanntlich dürfen die Frauen in der Mehrzahl der deutschen Staaten nicht an politischen Vereinen teilnehmen. Die Polizeibehörden entwickeln nun vielfach eine merkwürdige Auslegekunst des Begriffes „Politik". Das hat zur Auflösung von Zahlstellen der Gewerkschaften geführt, die Frauen als Mitglieder aufnehmen. So sind dem Fabrikarbeiterverband eine ganze Reihe von Zahlstellen aufgelöst worden mit der Begründung, es sei Politik getrieben worden, weil in Vereinsversammlungen darauf hingewiesen wurde, man müsse darauf dringen, daß der Wirt organisierte Kellner beschäftige. Eine Zahlstelle des Schuhmacher-Verbandes wurde mit der Begründung aufgelöst, es werde Politik getrieben, da das Statut einen Passus enthalte, wonach die Akkordarbeit abgeschafft werden solle. Der „polizeitechnische" Begriff „Politik" ist außerordentlich eng gespannt. Nicht nur die Mitgliedschaft an politischen Vereinen bleibt den Frauen versagt, nein dies Verbot wird auch ungesetzlich ausgedehnt auf die Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen. Wir sehen, wie die Damen der bürgerlichen Gesellschaft ungehindert an politischen Vereinsversammlungen teilnehmen dürfen und sich rednerisch betätigen, in Vereinen, in denen man Rats pflegt, wie man dem dummen Volke die Taschen plündert, was die Polizei ruhig geschehen läßt. Diese doppelte Handhabung des Gesetzes muß öffentlich gebrandmarkt werden. (Sehr richtig!) Die von Herrn v. Hammerstein bescherte Segmentfreiheit (Heiterkeit) hat in unterschiedlichen Polizeigehirnen so große Verwirrung angerichtet, daß in der Praxis unser Versammlungsrecht noch verschlechtert wird. Bei der letzten Reichstagswahl sprach ich in Annen im Kreise Dortmund. Die Frauen hatten sich zu-

sammen ruhig an einen Tisch rechts im Saale gesetzt. Der überwachende Beamte aber verlangte, daß sie sich links plazieren sollten. Dort, wo die Tische etwas abgesondert standen, sei das Segment, wie es Herr v. Hammerstein gemeint habe. (Heiterkeit.) Ich suchte dem Beamten klar zu machen, daß es sich hier um eine Volksversammlung, nicht um die Versammlung eines politischen Vereins handele, aber das nutzte nichts; der Beamte erklärte: Wenn Sie meinen Anordnungen nicht Folge leisten, mache ich von meinem Rechte Gebrauch und löse auf. Recht hatte er zwar nicht, aber Gewalt geht vor Recht, und so wurde der Anordnung Folge geleistet. Vor kurzem hielt ich Versammlungen im Wahlkreise Bochum ab. In Gelsenkirchen, Herne, Bismarck usw. konnte ich ungehindert sprechen. Wie ich aber nach dem kürzlich Großstadt gewordenen Bochum komme, heißt es: Es ist verboten, daß Frauen an der Versammlung teilnehmen, unter keinen Umständen darf aber eine Frau sprechen. Der Vertrauensmann nahm mit dem Bürgermeister Rücksprache und erreichte, daß die Versammlung stattfinden konnte.

Kaum aber hatte ich zwei Worte gesagt, so hieß es: Im Namen des Gesetzes ist die Versammlung aufgelöst! Im Namen welches Gesetzes weiß ich heute noch nicht, denn es besteht kein solches Gesetz. (Lebhafte Zustimmung.) Am nächsten Tage redete ich in Harpen. Das Wort wurde mir erteilt und nun erst kommt das Herabwürdigende, daß man einem Beamten, auch wenn er offenbar Unrecht hat, Folge leisten muß. Der Beamte sprach mit dem Vorsitzenden und dieser bat mich im Reden einzuhalten. Der Beamte stellte sich neben mich und sprach die Auflösung der Versammlung aus. Der Beamte hatte den Auftrag, wenn eine Frau rede, so solle er auflösen, und er nahm den Auftrag so wörtlich, daß er mich erst eine Weile reden ließ. (Heiterkeit.) Auf meine Frage nach dem Grund der Auflösung antwortete er nicht, sondern ersuchte mich, nicht auf ihn einzureden. Ich sagte ihm, wir würden es ihm schon beibringen, die Gesetze zu achten und er meinte, ich solle ihn nicht bedrohen. Es ist charakteristisch für den Beamten, daß er sich bedroht fühlt, wenn man ihn um Beachtung der gesetzlichen Vorschriften ersucht. (Sehr gut!) Die Versammlungsbesucher waren empört und diese Empörung war das beste Agitationsmittel für uns. Von diesem Standpunkte könnten wir dem Beamten dankbar sein, aber aus Rechtsgründen protestieren wir gegen die ungesetzliche Handhabung. In einer andren Versammlung passierte es mir, daß der Beamte sagte: „Weisen Sie die Frauensperson hinaus.“ Das ist keine Beleidigung, das ist der Amtsjargon. Im Gesetze ist von Kindern, Lehrlingen und Frauenspersonen die Rede. Sie sehen am Ausdruck und der Zusammenstellung, wie wir offiziell gewertet werden. (Heiterkeit.) Die Rednerin geht des weiteren auf die reaktionären Bestimmungen der Vereinsgesetze in Mecklenburg, Braunschweig, Reuß ältere Linie und Sachsen ein und sagt, die Folge der Beschränkung der Agitation, die Behinderung, in den Kreisen der Arbeiterinnen Aufklärung zu verbreiten, sei, daß die Arbeiterinnen in ihren Erwerbsverhältnissen gedrückt und der Prostitution in die Arme getrieben werden. In Hamburg haben die Frauen das Recht, an politischen Versammlungen teilzunehmen, aber dort existieren andre Fesseln. Da muß die Tagesordnung angemeldet werden, und wenn die der Behörde nicht paßt, verbietet sie die Abhaltung der Versammlung, weil die öffentliche Ruhe, Ordnung und — Sittlichkeit gefährdet ist. Das Letztere ist auch so ein „polizeitechnischer“ Begriff, den ich nicht verstehe. So durfte Stadthagen nicht über den Bibelspruch reden: Wer dem Arbeiter seinen Lohn vorenthält, ist ein Bluthund. Den bürgerlichen Frauen wurde verboten, über die Prostitution zu reden. Die Angelegenheit ist ja aus den Erörterungen im Reichstag bekannt, wo der Syndikus, Herr Schäfer, das Verhalten der Behörde zu rechtfertigen suchte, indem er mitteilte, daß ein Theologe bei Erörterung des Themas bei Mädchen die sexuelle Röte im Gesicht

aufsteigen sah. (Heiterkeit.) Der Mann muß ja viel davon verstehen. (Stürmische Heiterkeit.) Gegen die Aeußerungen des Herrn Schäfer ist nicht von bürgerlicher Seite, sondern von uns protestiert worden. In unsrer Versammlung hat keine bürgerliche Frau das Wort zu nehmen gewagt, um unsre Worte noch zu unterstreichen.

Die schlimmsten Vexationen aber bereitet uns die verschiedene Auslegung des Begriffes Politik, zu der sehr oft rein gewerkschaftliche Dinge gezählt werden. Rednerin wendet sich gegen die polizeiliche Ueberwachung der Versammlungen, die als Demütigung und Bevormundung empfunden werde und schlägt schließlich folgende

Resolution

zur Annahme vor:

Die Konferenz der sozialistischen Frauen erhebt nachdrücklichst Protest gegen die vereinsgesetzlichen Bestimmungen, welche in einer Reihe deutscher Bundesstaaten das Vereins- und Versammlungsrecht des weiblichen Geschlechts beschränken und ihm dadurch eine unwürdige, seine Interessen schädigende Ausnahmestellung anweisen. Sie brandmarkt insbesondere die Praxis dieser Bestimmungen, welche mittels kühner Interpretationskünste das kümmerliche gesetzliche Recht des weiblichen Geschlechts für die Proletarierinnen aufs äußerste einschränkt, ja aufhebt, für die Frauen des werktätigen Volkes und die Damen der besitzenden Klassen zweierlei Recht schafft, einen unglaublichen Wirrwarr der Begriffe über gesetzlich zulässiges und verbotenes und eine Rechtsunsicherheit ohnegleichen erzeugt.

Die Konferenz fordert für das Deutsche Reich ein einheitliches und freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht, das auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet Frauen wie Männern das gleiche Recht zuerkennt. So lange diese Forderung nicht erfüllt ist, macht sie es den Genossinnen zur Pflicht, in Gemeinschaft mit den Genossen dafür zu sorgen, daß die vielfach beliebte Praxis des zweierlei Rechts und der Textesdeutung energisch zurückgewiesen und bekämpft wird.

Desgleichen fordert sie Beseitigung des Instituts der politischen Polizei.

In der Diskussion nimmt das Wort

Frau **Thiel**-Teltow-Beeskow und berichtet über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes in ihrem Heimatkreise. So wurde den Frauen während der Zeit der Reichstagswahlen die Gründung eines Frauen-Wahlvereins verboten und alle Beschwerden haben nichts genutzt. Wegen einer Besprechung, die ich abhielt, wurde ich angezeigt. Es fanden fünf Termine statt, erst wurde ich zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, in den höheren Instanzen aber freigesprochen. Gerade das Verbot des Vereins hat die Agitation gekräftigt, die beste Agitation hat aber für uns die Polizei geleistet. Mit der Resolution der Genossin Zietz bin ich voll und ganz einverstanden.

Frau **Ruben** wendet sich gegen die Behauptung der Frau Zietz, daß die bürgerlichen Frauen nicht gegen die Aeußerungen des Syndikus Schäfer im Reichstag protestiert haben. Wir haben versucht, eine Protestversammlung einzuberufen. Es ist uns aber mißlungen. Ich möchte auch Frau Zetkin berichtigen. Es ist keiner bürgerlichen Frau eingefallen, gegen Bebel aufzutreten. Er wird von uns Frauen in Hamburg ebenso geachtet und geliebt wie von Ihnen. (Beifall.)

Frau **Zietz** erwidert, die bürgerlichen Frauen in Hamburg sind offiziell für die Kandidaten des Mischmaschs eingetreten, also gegen die sozialdemokratischen Kandidaten. Es bleibt also bei dem, was ich gesagt habe. Was Frau Ruben über die Protestversammlung gegen den Syndikus Schäfer gesagt hat, war uns neu. Wenn ihnen eine Protestversammlung unmöglich gemacht worden ist, so hätten wir davon doch erfahren müssen. In den Hamburger Blättern haben wir davon nichts gefunden. Ist die Versammlung

illusorisch gemacht, so hätten sie doch erst recht gehörig protestieren müssen. Uebrigens wäre es ja das erstemal, daß wir eine Versammlung abhalten durften, die den Bürgerlichen verboten war. Bisher war es umgekehrt. Was den bürgerlichen Frauen recht war, war uns noch nicht einmal billig. In unsrer Versammlung waren bürgerliche Frauen anwesend und keine hat geredet und unsre Ausführungen unterstrichen. Auch hier bleibt es bei dem, was ich gesagt habe. Es ist kein bürgerlicher Protest zustande gekommen in Hamburg. (Allgemeine Zustimmung.)

Jasper-Braunschweig schildert das reaktionäre braunschweigische Vereinsgesetz, das schlechter sei als in Mecklenburg und bei den wilden Völkerschaften.

Frau Kähler-Dresden erzählt persönliche Erlebnisse auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens und wendet sich dann gegen den Versuch der Frau Ruben, bürgerliche und proletarische Frauenbewegung als etwas ziemlich gleichartiges hinzustellen.

Frau Baumann-Altona teilt mit, daß in einer Versammlung in Altona versucht worden sei, gegen die Aeußerungen Schäfers zu protestieren, daß aber eine Protestresolution abgelehnt worden sei. (Hört! hört!) Man habe dann beim Nachhausegehen gesagt, an einer so hohen Persönlichkeit wie Herrn Schäfer dürfe man nicht Kritik üben. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird die Resolution Zietz einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt ist über die Presse. Referentin ist

Frau Kähler-Dresden: Die Presse ist eines der Hauptmittel in unserm proletarischen Klassenkampfe, leider wird aber diese Waffe nicht gewürdigt. Wohl hat unsre Abonnentenzahl der „Gleichheit" einen erfreulichen Aufschwung genommen, eine Zahl, auf die wir stolz sein können. Aber die Gewinnung dieser 12 000 Abonnenten ist mit schwerer Mühe und Arbeit verbunden gewesen, die zum weitaus größten Teile von den Genossinnen geleistet worden ist. Neben der „Gleichheit" müssen wir den örtlichen Parteizeitungen unser Augenmerk schenken, wir müssen unsre Frauen für unsre Parteipresse interessieren, aber auch die Parteizeitungen müssen mehr auf Frauenfragen eingehen. Die Presse ist das beste Mittel, Aufklärung zu verbreiten, daneben müssen leicht faßliche Broschüren und Flugblätter für Aufklärung sorgen. Eine Unterhaltungsbeilage der „Gleichheit" wäre wünschenswert, aber wo eben das Defizit geschwunden ist, darf man wohl nicht gleich durch ein neues Experiment ein Defizit schaffen und eine Preiserhöhung würde den Abonnentenstand verringern. Flugblätter dürfen nicht zu häufig herausgegeben werden, sonst werden sie nicht gelesen. Doch ist es notwendig, wichtige Fragen in Flugblättern zu behandeln. Diese Blätter werden dann Interesse finden. Bei unsern Kindern müssen wir mit unsrer Literatur werben. Das wird das jugendliche Herz für unsere Ideen zugänglich machen. Ein weiteres gutes Mittel, die Frau zu gewinnen, ist Bebels Buch „Die Frau", das heute noch mehr in bürgerlichen als in unsern Kreisen gelesen wird. Auch die Gewerkschaftspresse muß den Frauen entgegenkommen. Man muß ihnen die Fragen, die sie als Mutter und Weib berühren, zuerst klar machen. Dann wird allmählich auch das politische Verständnis geweckt werden. (Beifall.)

Frau Zetkin geht auf die gestellten Anträge ein. Mehrere Anträge verlangen, daß die „Gleichheit" allwöchentlich erscheine. Zwei Anträge aus Bromberg und Elberfeld wünschen, daß die „Gleichheit" leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werde und mehr Unterhaltungsstoff biete. Rednerin betont, daß die Redaktion auch viele Zuschriften erhalten habe, die den Charakter und das Niveau der „Gleichheit" nicht verändert wissen wollen. Auch am Erscheinen der „Gleichheit" und ihrem Preise könne nichts geändert werden. Aber man wolle versuchen, vom 1. Januar ab der „Gleichheit" allmonatlich eine vierseitige Beilage beizulegen, deren Inhalt der Erziehung und den Interessen der Frau als Hausfrau und Mutter dienen soll. (Freudige Zustimmung.)

Nach kurzer Diskussion erklärt sich die Konferenz mit dem von Frau Zetkin gemachten Vorschlag über Erweiterung der „Gleichheit" einverstanden und die Anträge werden zurückgezogen bis auf den Antrag Elberfeld, „die „Gleichheit" möge leichter verständlich und volkstümlicher geschrieben werden und mehr Unterhaltungsstoff bringen". Dieser Antrag wird einmütig abgelehnt.

Die Konferenz schreitet darauf zur Wahl einer Vertrauensperson für die Genossinnen Deutschlands.

Frau **Zetkin**: Es hieße Gelder in den Kirchenbaufonds des Freiherrn v. Mirbach schütten, wenn ich ein Wort zum Lobe unsrer Genossin Baader sagen wollte. Ich schlage vor, Genossin Baader als Vertrauensperson zu wählen. (Heiterkeit und Beifall.)

Unter allseitiger Zustimmung wird hierauf Frl. Baader-Berlin als Zentralvertrauensperson wiedergewählt.

Frau **Pötzsch**-Leipzig ruft den Genossinnen in einem selbstverfaßten poetischen Abschiedsgruß, der mit großem Beifall aufgenommen wird, ein: „Auf Wiedersehen!" zu.

Frau **Zetkin** erklärt hierauf die Tagesordnung für erschöpft und hält die **Schluß-Ansprache**: Ehe wir auseinandergehen, will ich den Bremer Genossen und Genossinnen für das große Interesse, die Sympathie und die Hilfsbereitschaft danken, die sie uns entgegengebracht haben. Ich bin überzeugt davon, daß die vielfachen Anregungen, die hier von verschiedenen Seiten gekommen sind, ihre Früchte tragen werden.

Ein gewaltiger Geisteshauch hat aufgewühlt die Wellen des Meeres der Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch des Meeres der Sehnsucht nach Freiheit und Kultur, da, wo es am tiefsten ist. Aus der Nacht und Not der Fabriken, aus der Enge und Beschränkung des proletarischen Haushaltes sehen wir die proletarischen Frauenmassen sich als Kämpferinnen zusammenscharen, als Kämpferinnen nicht nur um Brot, sondern für die höchsten Ziele. Das ist die festeste Bürgschaft dafür, daß der Sache des Proletariats, die die Sache der Menschheit ist, die Zukunft gehört. Im Hinblick auf die Feinde, die uns gegenüberstehen, im Hinblick auf den Unverstand der Massen, den Widerstand der reaktionären Mächte, die Unsumme von Ungerechtigkeit in der bürgerlichen Welt, im Hinblick auf all' die Gegner, mit denen wir den Kampf aufnehmen und siegreich bestehen werden, muß unser tägliches Morgen- und Abendgebet der Vers von Konrad Ferdinand Meyer sein:

Mich reut die Stunde, die nicht Harnisch trug,
Mich reut die Stunde, die nicht Wunden schlug,
Mich reut, ich sag' es mit zerknirschtem Sinn,
Daß ich nicht dreifach kühn gewesen bin.

(Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Die Frauenkonferenz ist geschlossen.

Schluß $2^1/_4$ Uhr.